Nr. 131. Halle a. S., Sonnabend den 8. Juni 1907. 18. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.68 Mk. mtl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Das Erbrecht.

Zu einer Zeit, da sich das Reich wohl oder übel wieder einmal auf die Suche nach neuen Geldquellen begeben muß, also sehr zur rechten Zeit erinnert der Justizrat Bamberger-Aschersleben in der Deutschen Juristenzeitung daran, daß eine halbe Milliarde jährlich auf der Straße liegt. Dieser Betrag mindestens ist es, den das Reich jährlich neu einnehmen könnte, wenn es durch seine Gesetzgebung das Erbrecht auf die Testamentsnachfolge und die Erbfolge der Pflichtteilsberechtigten einschränken und dem unsinnigen schrankenlosen Verwandtenerbrecht ein Ende bereiten wollte.

Die Unbeschränktheit des Verwandtenerbrechts, so führt Bamberger aus, sei dem alten deutschen Recht unbekannt gewesen. Ursprünglich auch dem römischen. Eingeführt wurde es erst durch den oströmischen Kaiser Justinian im Jahre 543 n. Chr. Geb. Die Zeit des Humanismus „rezipierte", d. h. übernahm das alte römische Recht und schließlich gelangte das altbyzantinische Gesetz in das Bürgerliche Gesetzbuch vom Jahre 1900.

Wenn Bamberger in der Erhaltung des unbeschränkten Verwandtenerbrechts vom Anfang der Neuzeit bis auf unsere Tage nichts als Willkür und gedankenlose Nachahmung des Alten sehen will, bleibt er freilich an der Oberfläche haften. Die Uebernahme des römischen Rechts zu Anfang der Neuzeit erfolgte nicht von ungefähr und nicht ohne tiefer liegende Ursachen. Der strenge Begriff des römischen Privateigentums, seine antisoziale, individualistische Tendenz entsprach den Bedürfnissen der beginnenden kapitalistischen Wirtschaftsperiode. Noch im achtzehnten Jahrhundert bedeutete, wie Eisner erst unlängst in seinem Buch „Das Ende des Reichs" treffend ausführte, die unbedingte „Sicherheit des Eigentums" einen notwendigen Bestandteil der Sicherheit der Person, sie schützte den Bürger vor den willkürlichen Brandschatzungen der feudalistischen Erbherren und des autokratischen Staates. Erst die weitere Entwicklung hat dann Vernunft zu Unsinn und Wohltat zur Plage gemacht.

Heute kann Bamberger mit vollem Recht auf die Tollheit eines Systems hinweisen, das zu jedem durch den Tod seines Eigentümers herrenlos gewordene Gut oft mit Mühe einen neuen privaten Eigentümer sucht. Die Freizügigkeit der großkapitalistischen Wirtschaft hat die weiteren Zusammenhänge der Familie gelockert und der Staat hat eine Reihe von Aufgaben übernommen oder sollte sie doch übernehmen, die in früheren Zeiten dem weiteren Verband der Familie zufielen. Er hat ihre Pflichten geerbt, sollte er nicht auch ihre Rechte erben?

Ferner: die Erbfolge hat innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung ihren guten Sinn insofern, als sich mit dem Eigentümer des Erblassers auch dessen Beruf auf den Nachfolger vererbt. Der nahe Erbe des Bauern übernimmt dessen Hof, nachdem er sich längst mit der Vorstellung des künftigen Besitzwechsels vertraut gemacht und sich auf seine späteren Aufgaben vorbereitet hat. Der nahe Erbe des Kaufmanns oder des Fabrikanten übernimmt das Geschäft, das er kennt und in dem er oft schon zuvor tätig gewesen ist. Das alles hat vom Standpunkte der bestehenden Gesellschaftsordnung aus gesehen, seine innere Vernunft. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn ein Eigentümer ohne Testament und ohne Hinterlassung von Ehegatten oder Kindern stirbt. Die „lachenden Erben", die sein Besitztum unter sich verteilen, sind in solchen Fällen meist von dem Erblasser seelisch, örtlich, beruflich um Meilenweiten getrennt, sie übernehmen keinerlei wirtschaftliche Funktionen von ihm, zu deren Ausübung sie gar nicht geeignet sind, sondern erben von ihm nur nackte arbeitslose Ausbeuterrechte.

Die Reform des Erbrechts, die Bamberger vorschlägt, greift keineswegs an die Wurzel der bestehenden Gesellschaftsordnung. Sie überläßt dem Eigentümer das, vom sozialistischen Standpunkte aus höchst anfechtbare Recht, auch über seinen Tod hinaus durch Testament frei über sein Eigentum zu verfügen. Sie hebt das Intestaterbrecht der Eltern, Kinder, Gatten nicht auf, sie beschränkt es auch nicht einmal, sondern läßt es frei ohne Rücksicht auf die Höhe des Anfalls. (Hier ist der Punkt, wo ein herzhaftes Erbschaftssteuergesetz einzugreifen hat.) Sie beseitigt nur einen wilden Auswuchs des Erbrechts, der in unserer Zeit seinen Sinn völlig verloren hatte, der als berechtigt gelten mochte, solange eine feste Grenze zwischen der Staatskasse und der nimmersatten Privatschatulle des regierenden Fürsten nicht zu ziehen war, der aber ganz unberechtigt ist zu einer Zeit, da der Einfluß der Allgemeinheit auf die Verwendung der öffentlichen Gelder sich immer stärker fühlbar macht.

Man braucht also noch lange kein Sozialdemokrat zu sein, um den Reformvorschlägen Bambergers rückhaltslos zuzustimmen. Trotzdem fürchten wir, daß Bamberger für die Gedanken, die er entwickelt hat, und die viele bürgerliche Rechtsgelehrte schon vor ihm entwickelt haben, sichere Anhänger nur in den Kreisen der Sozialdemokratie finden wird. Die kapitalistische Welt hat vor allem, was nach Sozialismus, Kollektivismus und Kommunismus auch nur im Entferntesten riecht, ein heimliches Grauen, darum verteidigt sie das Prinzip der Privateigentumsordnung mit dem Mut der Verzweiflung bis in seine sinnlosesten Konsequenzen. Hat sich doch im Reich wie in den Einzelstaaten wiederholt gezeigt, daß selbst für eine irgendwie ausgiebige Erbschaftssteuerung schließlich nur die vaterlandslosen Gesellen zu haben waren. Diese werden denn wohl auch als die Einzigen bereit gefunden werden, dem „Vaterlande" die halbe Milliarde zu retten, die der Unsinn der bestehenden Rechtsordnung alljährlich aus vollen Händen unter die lachenden Erben verstreut.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 7. Juni 1907.

Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus verwandte auch seine Donnerstagsitzung noch fast ganz auf die Beratung des Nachtragsetats, der acht Millionen Mark als einmalige Beihilfe für die Unterbeamten forderte. Während am Mittwoch noch Konservative und Klericale sich gegen die Gewährung von Beihilfen auch an die mittleren Beamten heftig gesträubt und weidlich auf das verschwenderische Reich geschimpft hatten, waren sie plötzlich über Nacht anderen Sinnes geworden. Offenbar aus Furcht vor der Unzufriedenheit der mittleren Beamten suchten sie ein Kompromiß zwischen der vollständigen Ablehnung und den weitergehenden liberalen Anträgen, die analog dem Vorgehen des Reiches auch in Preußen allen mittleren Beamten Beihilfen gewähren wollen, zustande zu bringen, und fanden bei der Regierung auch Gehör. Fünf Millionen Mark sollen für die mittleren Beamten bereitgestellt werden. Es soll bei der Auszahlung dieser Summe aber nicht, wie man sich so nett ausdrückte, „mechanisch" verfahren werden, sondern nur die Bedürftigen sollen etwas erhalten. Ueber die Bedürftigkeit entscheidet natürlich der Vorgesetzte, und der widerwärtigsten Streberei ist damit Tür und Tor geöffnet. Charakteristisch für die Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhause ist die Tatsache, daß dieser Antrag zwischen den Konservativen und dem Zentrum vereinbart worden war, während man die Nationalliberalen und gar erst die Freisinnigen nicht einmal über die schwebenden Verhandlungen informierte. Schließlich wurden alle Anträge zugunsten der mittleren Beamten der Budgetkommission überwiesen; sie stehen heute zusammen mit denen vom Herrenhause abgeänderten Gesetzen — Jagdgesetz und Berggesetznovelle — wieder auf der Tagesordnung.

Das Herrenhaus erledigte am Donnerstag die Jagdordnung. Fünfmal ist bisher der Versuch gescheitert, das gesamte Jagdrecht für Preußen in einem Gesetz zu ordnen. Die Interessen der Großgrundbesitzer und der Bauern standen sich zu schroff gegenüber. Jetzt hatte die preußische Regierung einen Gesetzentwurf über die Ausübung des Jagdrechts eingebracht, der sich den einzelnen Gesetzen über die Jagdscheingebühr, den Wildschaden und dem Jagdschongesetz anschließen sollte. Das Abgeordnetenhaus hat nun all diese Gesetze vereinigt und als Anlage zu dem Gesetz über die Ausübung des Jagdrechtes beschlossen. Die Herrenhauskommission ist diesen Beschlüssen im wesentlichen beigetreten, hat aber das Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts in die kodifizierte Jagdordnung eingearbeitet und legt diese Jagdordnung zur Beschlußfassung vor. Das Plenum des Herrenhauses nahm die Beschlüsse seiner Kommission unverändert an. Aus der kurzen Debatte ist erwähnenswert, daß unsere Feudalen, so Graf Mirbach, dem Freisinn ihre höchste Zufriedenheit über sein Verhalten in der Frage des Jagdrechts ausdrückten. Während der Freisinn es früher nicht an Angriffen auf die großen Jagdbesitzer fehlen ließ, hat sich jetzt bei ihnen, nach Graf Mirbachs Zeugnis, vermutlich unter dem Einfluß der Paarung, eine Sachverständigkeit entwickelt, die es erlaubt, daß Graf Mirbach mit dem Freisinn Arm in Arm die neue Jagdordnung aus der Taufe hebt.

Am Sonnabend wird das Herrenhaus den kleinen Rest von

(Nachdruck verboten.)

48]

Die zweite Buße.

Kriminal-Roman von Dietrich Theden.

Graf Luckner hatte mit gespannter Aufmerksamkeit gelesen, ohne auch nur einmal abzusetzen. Daß der Brief die menschliche Rechtfertigung Herbrincks enthalten würde, war seine feste Hoffnung gewesen; je mehr er diese bestätigt fand, um so hastiger las er in seiner Genugtuung weiter.

Als er zu Ende war, schob er auch den letzten Bogen zu den übrigen auf dem Schreibtisch, lehnte sich selbstvergessen in den bequemen Sessel und nickte und lächelte voll Befriedigung vor sich hin.

Dann sprang er lebhaft auf, drehte die Schlüssel in den Türen zurück und eilte nach dem Salon, wo er auf die Töchter traf.

„Lene, bitte!" rief er der Jüngsten zu, faßte, als sie herangekommen war, nach ihrer Hand und zog sie mit sich. „Lene," raunte er freudig, „Brief von Herbrinck! Ein Brief, der alles ausgleicht."

Das Blut ergoß sich jäh in die Wangen der Komteß, und ihr Fuß stocke sekundenlang.

„Es ist noch manches zu ordnen," fuhr Luckner fort. „Aber die Hauptsache: der Schatten auf unserem Freunde ist keiner, ist nun und nimmer einer, der ihm unsere Herzensachtung auch nur einen Moment trüben dürfte."

Er wies in seinem Arbeitszimmer auf die Bogen, nahm sie auf und reichte sie der Tochter entgegen. Dann wanderte er, während die Komteß sich in das Schreiben vertiefte, erregt in dem Raume auf und ab.

Die Komteß konnte einen hellen Jubel kaum unterdrücken, ihr Herz klopfte zum Zerspringen. Die Augen strahlten durch feuchtes Schimmern, und um die bebenden Lippen spielte ein hinreißend glückliches Lächeln.

„Papa, war das Urteil nicht zu hart gegen ihn?" fragte sie und drückte schon mit der einfachen Fragestellung und noch mehr mit dem Tone aus, auf wessen Seite sie sich stellte.

„Natürlich, mein Kind," sagte der Graf lebhaft. „Der wische kein Fünkchen von Wahrheitsliebe im Leibe haben, der da behaupten wollte, er hätte an seiner Stelle unbedingt anders gehandelt. Ich nicht! Und wenn er das Gewehr gebraucht hätte, es wäre entschuldbar gewesen. Und wenn der tappische Rüdiger gefallen wäre, um sich nicht wieder zu erheben — er hätte nichts gehabt als seinen Lohn. Statt dessen ist er versorgt worden — versorgt für seine Spitzbüberei und Schurkerei. Aber auch das sieht Herbrinck ähnlich. Selbst verbrecherisches Unrecht muß er mehr als reichlich wett machen. Freilich, der Mann floh, und Herbrinck schlug — — a bah! Lene, mir soll jemand kommen, der auf den einen Stein zu werfen wagt, und wenn es mein eigenes Fleisch und Blut ist! Du nicht — Du nicht — aber die anderen! Sie soll es wagen!"

„Papa, Eveline wird sich beruhigen."

„Das rate ich ihr! Denn eher weicht sie, als daß ich mir den Mann entreißen lasse, der — — Lene, was brauche ich es Dir zu predigen —"

„Und — wenn er nicht wiederkommt?" fragte das Mädchen leise und stockend.

Luckner blieb vor ihr stehen.

„Nicht wiederkommen?" wiederholte er ihre Frage. „Mein Kind, ich werde ihn holen," erklärte er mit einer geraden, herzlichen Entschiedenheit. „Er hält seinen Aufenthalt verborgen; ich werde ihn zu finden wissen. Er glaubt, daß wir ein grausames Vorurteil akzeptiert haben; ich werde ihm zeigen, daß die Bande der Dankbarkeit und Freundschaft nicht durch einen zopfigen und verstaubten Altenwitz zu zerstören sind. Er will, was ihm lieb ist, in Berlin in Empfang nehmen; mir selbst soll er gegenüberstreten. Lene, nimm den Brief und unterrichte Deine Schwester. Warne sie, das Maß zum Ueberlaufen zu bringen."

Ein verhaltener Groll lag in seiner Stimme; aber gütig hauchte er einen Kuß auf die Stirn der Jüngsten und blieb noch immer ahnungslos, was das junge Herz aufs neue in Freude und Schmerz erzittern ließ.

Die Zeitungen hatte er bis dahin nicht beachtet. Nun suchte er nach dem Kieler Blatt und stieß bald auf den Artikel der Abendausgabe.

„Ah, der Schmintkasse hat wieder die Hände im Spiel gehabt?" Er stampfte mit dem Fuß auf.

„Kröte!" zischte er. „Nur gut, daß Du Dein Gift umsonst verspritzt hast. . . . Sehr richtig!" unterbrach er sich wiederholt beim Weiterlesen. „Ganz in meinem Sinne," sagte er am Schlusse liebevoll, faltete das Blatt zusammen und legte es sorglich unter einen Briefbeschwerer. „Gibt auch Vernünftige unter den Zeitungsmenschen. Ist erfreulich, wenn so ein klarer Kopf kommt und der dämlichen Masse ein Licht aufsteckt. Und die Artikel, die noch kommen sollen — eine glückliche Idee."

Er überlegte, wann er am besten fahren würde. Die Ungeduld hätte ihn am liebsten gleich fortgetrieben. Aber die Erwägung siegte, daß die zu frühe Abfahrt die Wartezeit in Berlin nur verlängern würde. Er suchte nach dem Umschlag des Herbrinckschen Briefes und las den Poststempel „Hamburg". Also er hatte sich noch in der alten Hansestadt aufgehalten, war vielleicht noch dort und reiste erst nach der Reichshauptstadt, wenn er das dortihin Beorderte eingetroffen wähnen konnte.

Auch die Herrschaften von Tönndorp und Neurade rieten von einer Ueberstürzung ab, so lebhaft sie auch den Wunsch des Grafen teilten, den Freund wieder im alten Kreise zu begrüßen.

„Luckner, ich will ein Hundsfott sein," sagte Tönndorp sprudelnd, „wenn ich den erbärmlichen Wicht anders zugerichtet hätte, als es Herbrinck getan hat!"

Seine Gattin nickte ihm beifällig zu.

„Ich habe keine Anlage zum Raufen," warf Menge ein, „aber die Fingerspitzen zuckten mir, wenn ich an den Theaterhelden und seine nichtswürdige Rolle denke. Es hat mir leid getan, aber ich habe den Kruses um doch gekündigt. Die Alten, die einen solchen Sohn haben, können selbst auch nicht gesund sein. Sie sind — das legt der ehrenwerte Bruder und Schwager nahe — selbst schon auf krankem Boden aufgeschossen. Das anrüchige Beispiel tut aber nicht gut, und deshalb mußte ich sie im Interesse meiner übrigen Leute gehen heißen."

„Schade, daß sie nicht damals gleich mit dem nächsten Schnellzuge abgedampft sind," meinte Luckner ohne Vorwurf. „Meilen zurückzulegen wäre der Bengel gewiß zu faul gewesen, und der ganze Rummel wäre uns erspart geblieben. Lieber Menge, Sie und Herbrinck sind zu gut. Das ist beider Fehler. Die Humanität ist eine bestechende Phrase. Rücksichtslos, das ist meine Parole. Die Leute werden bezahlt und sollen dafür ihre Schuldigkeit tun, weiter will ich nichts. Auf Billigung, Anerkennung oder gar Dankbarkeit verzichte ich. Dankbarkeit — bah! Als ob es die gäbe. Oder nur Anhänglichkeit! Jeder, der den andern überwacht, ist sein Beiniger, ist sein mehr oder minder verhaßter Gegner. Ob er gerecht ist, ob er das Beste will, ob er sogar mit dem Herzen teilnimmt — das ist eine Zugabe, für die der Ueberwachte keine Würdigung hat."

„Wir wollen nicht darüber streiten," mischte sich die Neurader Gutsherrin ein. „Das steht aber fest, Graf, daß Sie bärbeißiger tun, als Sie sind."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0001

Vorlagen, die es noch zu erledigen hat, aufarbeiten. Die Sommerpause steht also für den preußischen Landtag dicht vor der Tür.

Wieder ein entlarvter Wahlschwindel.

Während des Wahlkampfes brachte die „nationale" Presse die Nachricht, daß der ja sattsam bekannte „Zehngebote-Hoffmann" und zwei „Genossen" in die Lungenheilstätte Albertsberg in Sachsen eingedrungen seien, trotzdem der Zutritt verboten gewesen sei und dort in „frivoler Weise durch rücksichtsloses Agitieren die „Schwerkranken" Pfleglinge beunruhigt hätten." In Wahrheit hatte sich die Sache aber so abgespielt: Adolf Hoffmann war als Kandidat des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises Reichenbach-Auerbach von den wahlberechtigten Insassen der in seinem Wahlkreise liegenden Lungenheilstätten Albertsberg und Reiboltsgrün, dringend und energisch aufgefordert worden, ihnen zu ihrem Rechte zu verhelfen, da ihnen — vermutlich auf Betreiben des Chefarztes Dr. Schneider die Eintragung in die Wählerliste verweigert würde.

Am 18. Januar machte sich Hoffmann, begleitet von zwei Genossen — den Mitangeklagten — Rössel und Steinkuhl auf den Weg. In den dichten Schneemassen irrten sie vom Wege ab und erreichten endlich auf einem Seitenwege die Liegehallen. Erst dort erfuhren sie von den Patienten, daß die Eintragung in die Listen geschehen sei. Ohne Flugblätter verteilt, ohne auch sonst irgendwie agitiert zu haben, entfernten sie sich nach 5 Minuten, nicht ohne den Patienten eine gute Kur zu wünschen. Dieser Vorgang erschien dem Dr. Schneider — der sicherlich ein eben so guter Arzt ist, wie er den Typus eines „guten Patrioten" darstellt, Anlaß genug, um gegen unsere Genossen Anzeige zu machen. Vor dem Schöffengericht in Auerbach ergab nun die Zeugenvernehmung, daß die Liegestellen überhaupt keine „Schwerkranken" beherbergten, daß sich der Chefarzt nicht immer um das Wohl der Patienten so wie in diesem Falle besorgt gezeigt habe, da diese erst durch einen Hungerstreik bessere Zustände in der Heilanstalt erreichten, und daß unsere Genossen genau so wie auch andere Leute die Patienten ohne Erlaubnis besucht haben. Trotz alledem hielt es das Schöffengericht für nötig, dem Genossen Hoffmann drei Wochen, den beiden anderen Genossen je zehn Tage Gefängnis aufzudrücken. In der Begründung wurde unter anderem gesagt, daß die Angeklagten „ihre Agitationstätigkeit darin betätigt hätten, daß sie sich „sehen ließen" (!). Allerdings hätten sie den Patienten nur gute Kur gewünscht. Unglaublich sei, daß sie sich im Wege geirrt hätten. Strafmildernd sei, daß die Angeklagten nichts getan, was die Patienten erheblich beunruhigte. Strafverschärfend aber sei die Dreistigkeit, mit der ohne ärztliche Erlaubnis in die Anstalt eingedrungen worden sei.

Daß die Genossen gegen dieses merkwürdige Urteil Berufung einlegten, ist ja selbstverständlich. So fand denn gestern die Verhandlung vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Plauen statt. Den Vorsitz führte der Landgerichtsdirektor Dr. Hartmann, ein ehemaliger Oberstaatsanwalt und konservativer Reichstagsabgeordneter. Die Verteidigung hatte Genosse Dr. Karl Liebknecht aus Berlin übernommen. Der Chefarzt Dr. Schneider war wieder als Zeuge erschienen, sowie fünf ehemalige Patienten der beiden Heilstätten und einer, der einen Kollegen in der Heilstätte besucht hatte. Dieser, wie auch die ehemaligen Patienten erklärten unter Eid, daß trotz der Hausordnung — ungehindert und ohne Erlaubnis, von anderen Leuten den Patienten sehr häufig Besuche abgestattet worden sind, ohne daß die Anstaltsleitung einschritt. Ferner hat Hoffmann selber, unter seiner Namensnennung dem Bureaubeamten der Lungenheilstätte telephonisch gebeten, den Kranken von Reibolsgrün mitzuteilen, daß er zu Besuch komme. Als Hoffmann kam, habe ihn in freundlichster Weise eine Schwester zu einem Kranken hingeführt. Weder habe ihn jemand am Besuch gehindert, noch irgend jemand mitgeteilt, daß er erst die Erlaubnis des Arztes einholen müsse. Ein anderer Zeuge sagte aus, daß es mit den Besuchen und auch mit „anderen Sachen" sonst in der Anstalt nicht so genau genommen worden sei. Uebereinstimmend lauten die Aussagen, daß Hoffmann aber auch nicht eine einzige politische Bemerkung gemacht, sondern nur knappe 5 Minuten allein in den Liegehallen anwesend gewesen sei, gute Kur gewünscht, nicht einmal die „übliche" Bewirtung angenommen habe, sondern am Haupteingang vorbei, sich wieder entfernt habe. Das Erscheinen Hoffmanns habe nicht nur keinen beunruhigt, sondern umgekehrt beruhigend gewirkt. Dagegen seien die Patienten längere Zeit dadurch geärgert und sehr beunruhigt worden, da man ihnen das Wahlrecht nehmen wollte, durch Nichteintragung in die Wählerlisten und weil sie dadurch, — wie ein Zeuge sagt — zu Bürgern 2. Klasse degradiert worden wären.

Die eigenartige Geschäftsführung des Vorsitzenden Dr. Hartmann, der während der Verhandlungen den Verteidiger — Genossen Liebknecht — nicht nur unterbrach sondern auch mehrere Male mit Wortentziehung drohte, gab der Verhandlung noch einen besonderen Anstrich. Besonders eifrig zeigte sich der Vorsitzende bei der Vernehmung des Chefarztes Dr. Schneider, den Liebknecht und Hoffmann allerdings allerlei zu befragen hatten.

Zeuge Dr. Schneider: Nach unserer und meiner ärztlichen Ansicht ist jede politische Agitation in der Heilanstalt unstatthaft. Das haben aber die Angeklagten getan und die Kranken dadurch beunruhigt. Die Hausordnung verbietet „jede" Agitation. Deshalb habe er (Schneider) auf Ersuchen des Hofrates Wolff, dem Vorsitzenden des Vereins der sächsischen Lungenheilstättenbewegung Strafantrag gestellt. Liebknecht: Ich bin der Ansicht, die Anzeige ist aus politischen Gründen erfolgt. Vorsitzender Dr. Hartmann: Herr Verteidiger! Ich muß Sie bitten nicht in dieser Art und Weise weiter zu verfahren! Dr. Liebknecht: Ist Herrn Dr. Schneider die Denkmalsenthüllung vom 27. April bekannt? Ist ihm weiter bekannt, daß am Abend eine große Feier stattfand, daß in der Lungenheilstätte Albertsberg bei dieser Gelegenheit Taufende von Menschen anwesend waren, daß Militärmusik spielte, eine große patriotische Feier stattfand, daß alles — auch die Patienten, sich daran beteiligten und lustig machten, und daß Sie Herr Dr. Schneider die Festrede gehalten haben?

Zeuge Dr. Schneider: Ich habe nur ein Hoch ausgebracht. Es war ein Fest zum Andenken an den König Albert, dessen hochherziger Art die Entwicklung der Lungenheilstättenbewegung und ihrer Ausdehnung zu danken ist.

Als Gen. Liebknecht zu einer neuen Frage ansetzt, unterbricht ihn abermals der Vorsitzende: Ich gestatte Ihnen nicht, Herr Verteidiger, in dieser Richtung weiter zu fragen. Dr. Liebknecht: Ich bin mit diesem Teil Fragen auch schon zu Ende!

Hoffmann: Heute, wie in der ersten Verhandlung ist festgestellt, daß ich die Kranken nicht beunruhigt habe. Da aber Herr Dr. Schneider bei der Anzeige und auch sonst sich von der Rücksicht auf die eventuelle Beunruhigung der Kranken leiten läßt und erklärt, daß er gegen jede politische Agitation ist, weshalb hat er dann selber am Königs Geburtstag in einer anderen Richtung politisch agitiert und diese Richtung gefördert? Vorsitzender: Diese „Diskussion" gestatte ich nicht.

Als Genosse Liebknecht in seinem Plädoyer mit dem Satze begann: Ich will das politische Moment, das hier eine gewisse Rolle spielt, beiseite lassen, unterbricht ihn der Vorsitzende mit den Worten: Für uns gibt es kein politisches Moment sondern nur das Gesetz! Und bei einem anderen Teil der Liebknechtschen Ausführungen: Sie entfernen sich, Herr Verteidiger, von der Sache, ich muß Herrn Schneider schützen, daß sie ihn so herunterreißen. Worauf sich Liebknecht dagegen lebhaft verwahrt.

Der Staatsanwalt schloß sich vollständig dem Urteil der ersten Instanz an und beantragte die Berufung zu verwerfen. Die Angeklagten hatten die Absicht, den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei vorzustellen und so „stillschweigend Stimmung gemacht."

Nach längerer Beratung wurde das Urteil verkündet: Die Angeklagten werden freigesprochen, die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. Aus der Form der Einladung durften die Angeklagten annehmen, daß ihr Besuch keinen Widerstand finden würde. Ihr Zweck war die Wählerlistenangelegenheit. Das Gericht nahm nicht an, daß die Angeklagten mehr getan haben, als sie selber sagten.

Es war also nichts mit dem „sozialdemokratischen Hausfriedensbruch".

Bülow, hör' auf!

Die offiziöse Kölnische Zeitung hat der bekannten Sensationsnotiz der offiziösen Nordd. Allgem. Zeitung einen Kommentar beigegeben, wonach „die vielbesprochene Kamarilla-Notiz der Nordd. Allgem. Zeitung mit dem Fall Eulenburg nicht im Zusammenhang stehe." Bülow hat sich also wohl die ganze Geschichte von der Giftpflanze aus dem Aermel geschüttelt, sie wäre demnach, um im offiziösen Stil zu reden, eine von deutschfeindlicher Seite aufgebrachtes Märchen, von dem kein Wort wahr ist.

Die offiziöseste Kölnerin wird aber noch vom offiziösesten Berliner Lokalanzeiger übertrumpft, der ihrem Liede noch folgende kräftige Strophe hinzufügt:

Man wird daher im Interesse des monarchischen Gedankens gut daran tun, mit dem müßigen Gerede von einer angeblichen Kamarilla baldmöglichst aufzuhören.

Ein Reichskanzler, der durch müßiges Gerede von einer angeblichen Kamarilla den monarchischen Gedanken schädigt, ist wohl noch in keinem Lande der Welt dagewesen.

Der Streik der Staatsanwälte hat inzwischen weitere Dimensionen angenommen, der Oberstaatsanwalt hat sich mit dem Staatsanwalt solidarisch erklärt, und Graf Kuno Moltke, der sich durchaus die Gesundheit seiner geschlechtlichen Neigungen amtlich bescheinigen lassen will, hat sich mit einer Beschwerde an den Justizminister gewendet. Dieser wird aber natürlich mitstreiken. Inzwischen hat man auch entdeckt, daß eine Klage gegen Harden nicht mehr möglich ist, weil die Sache bereits verjährt ist. Die Behauptungen Hardens sind aber seitdem von so vielen Zeitungen übernommen worden, daß es wirklich nicht schwer fallen dürfte, einen Ersatzmann für ihn ausfindig zu machen.

Zum neuesten Berliner Hofskandal wird der Frankfurter Volksstimme aus Berlin geschrieben: Zunächst mußte ein Eskadronchef eines Potsdamer Reiterregiments (Graf Lynard), ein persönlicher Freund des Kronprinzen, Schwager des Großherzogs von Hessen, den Dienst quittieren, da sein Bursche sich bei seinem Wachtmeister beklagte, daß der Rittmeister — „zu gut" zu ihm sei. Inzwischen wurde Prinz Friedrich Heinrich, ein Sohn des verstorbenen Regenten von Braunschweig, Prinzen Albrecht, seiner großen Frömmigkeit wegen zum Ritter des Johanniterordens ernannt. Der intermistische Vorsteher des Johanniterordens, Graf Wartensleben, veranlaßte jedoch, daß die Ernennung des Prinzen rückgängig gemacht wurde, da letzterer wohl keusch und züchtig sei, aber andererseits doch gewisse Neigungen habe, die ihn einmal infolge einer im Berliner Tiergarten gemachten Bekanntschaft in eine höchst peinliche Erpressungssache verwickelten. Ein ähnliches Mißgeschick ist dem Grafen Wilh. v. Hohenau passiert. Er ist der Stiefbruder des verstorbenen Prinzen Albrecht und war ebenfalls bei Hofe eine sehr beliebte Persönlichkeit. Er entstammt einer illegitimen Ehe des Prinzen Albrecht Vater. Aber selbst „Phili", Fürst Philipp Eulenburg, der unverantwortliche Ratgeber des Kaisers, der auf Schloß Liebenberg residiert, wird als ein Herr bezeichnet, der eine mehr als freundschaftliche Zuneigung zu dem jungen, äußerst netten Botschaftsattachee Lecomte haben soll. Monsieur Lecomte, der der Skandalaffäre wegen von seiner Regierung abberufen ist, gehörte zur Berliner französischen Botschaft. Er hat den Botschafter der französischen Republik am deutschen Kaiserhofe eine Zeitlang vertreten. Lecomte nannte den Minnesänger von Liebenberg und Verfasser des Sanges an Aegir: „Harfner", während der Kosename des Monsieur Lecomte „Mein Süßer" ist. Als Wilhelm II. vor einiger Zeit Jagdgast des Fürsten Philipp Eulenburg in Liebenberg war, nahm mit Genehmigung desselben auch der nette Botschaftsattachee an der Jagd teil. Den Ausgangspunkt der peinlichen Affäre bildete die Burschenaffäre des Potsdamer Rittmeisters. Dies interessante Vorkommnis hat eigentlich den Stein ins Rollen gebracht und seine Zirkel bis nach Liebenberg gezogen.

Einen Beitrag zur Naturgeschichte der Schöffengerichte, die bekanntlich heute fast ausschließlich mit Angehörigen des „gutgesinnten" Bürgertums besetzt werden, brachte dieser Tage der Vorwärts. In Berlin war nämlich in der vorigen Woche dem Wild- und Geflügelhändler Pabst die Ehre zuteil geworden, bei dem Amtsgericht als Schöffe fungieren zu dürfen. Dabei war er dann, wie sich das ja in unseren Zeitläuften von selbst versteht, auch in die Lage gekommen, über Streikposten zu urteilen. Wie eifrig und mit welchem Ergebnis er das getan, darüber hat er selber in einer Gastwirtschaft sich geäußert. Im Scherz war er dort als „Herr Amtsgerichtsrat" begrüßt worden, und das war ihm dann ein Anlaß, über seine richterliche Tätigkeit einige Mitteilungen zu machen. „Arme Luder kommen frei," so ungefähr erzählte er, „aber andere werden verknackt, besonders aber die Streikposten, die kommen unter 15 Mk. nicht weg!" Herr Pabst hat als Schöffe selbstverständlich immer nur nach seiner Ueberzeugung ge- und verurteilt. Aber die Unternehmer, denen in ihrer Sorge um ihren dreimal heiligen Profit ein Streikposten als ein ganz besonders gefährlicher Verbrecher erscheint, werden es dem Herrn Schöffen danken, daß bei ihm und seinesgleichen ein Streikposten „nicht unter 15 Mk. wegkommt". Das Selbstbekenntnis dieses Schöffen, der in der Kneipe über seine Tätigkeit berichtet und mit Genugtuung feststellt, daß besonders Streikposten „verknackt" werden, ist ein beachtenswerter Beitrag zur Psychologie unserer Richter. Es ist übrigens nicht ganz klar, wen er mit den „armen Ludern" gemeint haben kann. Er hat da wohl weniger an jene Sünder gedacht, die aus Not die Gesetze übertreten und dann abgeurteilt werden müssen, als an die geistig Armen, die aus purer Dummheit gegen irgend einen Gesetzesparagraphen sich vergehen. Streikposten zählen bei ihm offenbar zu den geriebenen Bösewichtern, für die es keine Gnade geben darf. Zu den geistig Armen, die Herr Pabst schont, wird allerdings auch kein Streikposten geworfen zu werden wünschen.

Wir werden bei uns in Halle in nächster Zeit leider auch eine ganze Reihe von Streikprozessen vor dem Schöffengerichte haben. Wir wollen nicht hoffen, daß aus den Urteilen hervorgehen wird, daß die Halleschen Schöffen ähnlichen Anschauungen über Streikfünder huldigen, wie der Herr Wild- und Geflügelhändler Pabst in Berlin.

Im Pöplau-Prozeß hat der Verteidiger Pöplaus gegen das Urteil des Berliner Landgerichts Revision eingelegt.

Die Cousine klagt. Nach der Berl. Morgenpost hat in der Angelegenheit des früheren Gouverneurs von Puttkamer, dessen ehemalige „Cousine", Frau von Germar, erklärt, daß sie Puttkamer und das Kleine Journal, in welchem dieser die von uns erwähnte Erklärung gegen Frau von Germar veröffentlicht hatte, wegen Beleidigung verklagen werde.

Gegen die Arbeiterkontrolleure nimmt neuerdings der preußische Handelsminister Delbrück in der offiziösen Presse Stellung, nachdem er schon im Landtage in schärfster Form erklärt hat, daß er den Bergleuten keine Arbeiterkontrolleure geben will. Die offiziöse Meldung besagt:

„. . . Eine allgemeine Gewährung dieser Rechte setzt nach der Ansicht der maßgebenden Stellen ein gleichmäßiges geistiges und soziales Niveau der Bergleute voraus, das tatsächlich nicht vorhanden ist. Bei den großen Unterschieden, welche in dieser Beziehung zwischen den Bergarbeitern des Saar- und Harzbezirkes gegenüber denen der oberschlesischen Gruben bestehen, hält man die zwangsweise Einführung der Arbeiterkontrolleure nicht für angängig, zumal auch die Gefahr des Mißbrauchs eines solchen Instituts zur politischen Agitation vorliegt."

Lieber verweigert die Regierung den Bergleuten eine für ihre körperliche Sicherheit höchst bedeutsame Einrichtung, ehe sie eine Gefährdung der politischen Interessen der Zechenbarone zuläßt! Nur artige Bergleute werden den Schutz gegen Unfälle erhalten, der in dem Institut der Arbeiterkontrolleure liegt.

Politik im Beichtstuhle. Das Bochumer Volksblatt berichtet aus Bocholt: Ein freiorganisierter Arbeiter, zugleich Abonnent des Volksblattes und Parteigenosse, trat in den Stand der Ehe. Da er sich kirchlich trauen ließ, so war es nach der Vorschrift der katholischen Kirche nötig, daß das Brautpaar beichtete. Im Beichtstuhl wurde dem Bräutigam von dem Geistlichen erklärt: wenn er nicht aus der freien Gewerkschaft austrete und das „Volksblatt" abbestelle, könne ihm die Absolution nicht erteilt werden. Das Bochumer Volksblatt schriebe viel zu viel über Geistliche! Der Genosse verzichtete infolgedessen auf die Absolution.

Kasernenelend. Die bürgerliche Oberhessische Volkszeitung meldet aus Gießen: Am Freitag abend mußte eine Abteilung der 6. Kompagnie des Gießener Regiments auf dem Hofe der neuen Kaserne unter einem Sergeanten nachexerzieren. Dem aufsichtführenden Feldwebel Steinmetz wurden die Leute jedenfalls nicht genug gedrillt, er übernahm deshalb selbst das Kommando und „schliff" die Soldaten derart, daß fünf Mann ohnmächtig zusammenbrachen, als sie auf der Stube angekommen waren. Einer davon, namens Schmidt, verfiel in Schreikrämpfe und mußte sofort ins Lazarett gebracht werden, wo er erst am Sonnabend mittag wieder zur Besinnung gelangt sein soll. Ein zweiter von den fünf, Hummel mit Namen, kam am Sonnabend ins Lazarett, während die übrigen ins Krankenrevier kamen. Schmidt schrie und schlug um sich; sechs Mann mußten ihn halten . . .

Was wird mit dem schneidigen Feldwebel geschehen?

In Deutsch-Ostafrika ist der Sanitätssergeant Borchardt aus Droynitz an Leberkrankheit gestorben.

Ausland.

Schweiz. Die Scharfmacherpresse verlangt mit Ungestüm die Auslieferung aller „verdächtigen" Russen, noch ehe festgestellt worden ist, ob es sich bei dem Ueberfall auf das Polizeigefängnis und dem Bombenfunde in Zürich um eine Tat russischer Revolutionäre oder um die Schurkenstreiche russischer Regierungs-Lockspitzel handelt.

Frankreich. Klassenjustiz. Der Prozeß gegen Bousquet und Levy hat am 5. Juni vor dem Pariser Schwurgericht begonnen. Levy ist Kassierer der Arbeitskonfederation, Bousquet Sekretär der Federation der Nahrungsmittelbranche. Sie sind angeklagt, in ihren Reden in den Streikversammlungen in der Arbeitsbörse zum Diebstahl, zur Sachbeschädigung, Brandstiftung, Widerstand gegen die Staatsgewalt usw. angestiftet zu haben. Die Denunziation geht von vier Geheimpolizisten aus, die sich widerrechtlich in die Versammlung eingeschlichen hatten. Die Angeklagten machen zunächst geltend, daß die Behörde gar kein Recht zur Ueberwachung dieser Versammlung gehabt habe. Im übrigen bestreiten sie, die Worte in dem Sinne gebraucht zu haben, wie die Polizisten in ihren Berichten angeben. Nun sind im Laufe des Streiks allerdings einige Gewalttätigkeiten vorgekommen; einigen Bäckern waren die Fenster eingeschlagen und in einem Fleischerladen ist die Ware mit Petroleum übergossen worden. Nur in einem Falle ist der Täter festgenommen worden; es war dies ein Bäckergeselle; die Urheber der andern Gewaltstreiche sind unbekannt geblieben. Das will man nun alles den beiden zur Last legen. Demgegenüber konnte Bousquet darauf hinweisen, daß ihm einige Tage, nachdem er die betreffende Rede gehalten, der Ministerpräsident Clemenceau, den er in Sachen des Streiks aufgesucht hatte, zu dem ruhigen Verlauf des Streiks gratuliert habe. Als Zeuge wird Jaurès vernommen, der unter seinem Eide bekundet, daß die beiden Angeklagten stets von Gewalttätigkeiten abgeraten haben. Jaurès hofft, daß die Verurteilung der Angeklagten nicht auf so mangelhafte Berichte der Polizisten erfolgen werde. Die Verhandlung wird vertagt.

Nach Beendigung des Zeugenverhörs begann der Staatsanwalt die Anklagerede. Er führte aus, daß den Angeklagten gegenüber keine Nachsicht geübt werden dürfe, vielmehr müsse ein Exempel statuiert werden, damit das Vaterland vor weiteren antimilitaristischen und terroristischen Akten bewahrt werde.

Amerika. Ein großer politischer und gesellschaftlicher Skandal wird von englischen Blättern aus Washington angekündigt. Der öffentliche Ankläger werde in nächster Zeit Anklage gegen verschiedene sehr bekannte Persönlichkeiten wegen Betruges erheben. Die Namen der betreffenden Angeklagten werden noch nicht genannt, doch weiß man, daß sich darunter ein Eisenbahnpräsident und ein früherer Senator befinden. Sie werden beschuldigt, große Schwindeleien dadurch begangen zu haben, daß sie Land verkauften, welches gar nicht existierte. Dies bewirkten sie durch gefälschte Papiere und Dokumente. Das Land, welches nicht existierte, sollte in den westlichen Staaten sein. Dieser Skandal dürfte frühere Affären derselben Art in den Schatten stellen.

Asien. Die „Beruhigung" der indischen Bevölkerung wird der englischen Regierung trotz aller Re-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0002

pressestrafmittel kaum mehr gelingen. Aus Lahore wird unterm 3. Juni berichtet, daß wiederum ein indischer Agitator Ajit Singh verhaftet und deportiert worden ist. Die Deportation war schon früher über ihn verhängt, man konnte seiner bisher nur noch nicht habhaft werden; er wurde, ohne gerichtliches Verfahren, nach Mandalay gebracht, wo sich auch der indische Führer Lajpat Rai befindet.

Der Vizekönig von Indien hat dieser Tage einen Erlaß veröffentlicht, in welchem er den Lokalbehörden eine strenge Ueberwachung der Presse anbefiehlt. Er wolle durchaus nicht die legitimen Rechte und Freiheit der Presse beschneiden, aber Veröffentlichungen mit der Tendenz, das Volk aufzureizen, könne er nicht dulden. Also die berühmte Preßfreiheit mit dem Galgen daneben. — Die Londoner Daily News ist in der Lage, den letzten Artikel von Lajpat Rai zu veröffentlichen, der erst erschien, als der Genannte schon im Exil sich befand. In diesem Artikel wird auseinandergesetzt, daß die Gärung unter der indischen Bevölkerung nicht durch die Agitatoren hervorgerufen ist sondern durch die anglo-indische Regierung selbst. Die „Klassengesetzgebung", welche die Regierung in Indien beliebt hat, hat nach und nach alle Klassen der Bevölkerung gegen die Regierung eingenommen. Die Agitatoren, so sagt Lajpat Rai weiter, haben nichts anderes getan, als sich zum Mundstück der Beschwerden des Volkes gemacht. — Wir sehen also hier dasselbe Schauspiel, was sich im Laufe der Geschichte hundertfältig wiederholt hat: Das Volk oder doch gewisse Schichten der Bevölkerung sind immer von den herrschenden Klassen oder von den Eroberern bedrückt worden und es sind immer einzelne, die für die Bedrückten eintreten, ihren Klagen beredten Ausdruck geben. Das sind dann immer die Uebeltäter, die von den Herrschenden verfolgt und möglichst vernichtet werden. So haben die Herrschenden aller Zeiten gehandelt, immer in dem Wahn, sie könnten damit tiefgehende Unzufriedenheit und Volksbewegungen unterdrücken. Auch die Engländer in Indien werden ihren Irrtum erkennen müssen.

Parteinachrichten.

— **Personalien.** Als Parteisekretär für den sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Land) wurde Genosse Kahnmann, jetzt Parteisekretär in Hagen, vorher Gewerkschaftsbeamter in Dresden, gewählt. —

Genosse Leimpeters vom Volksblatt für Bochum hat im Bochumer Zentralgefängnis eine siebentägige Gefängnisstrafe verbüßt. Während seiner Haft wurde er mit Tütenkleben beschäftigt!

— **Der gegenwärtige Stand der Humanité.** Wie bekannt, sah sich die Humanité, das Zentralorgan unserer französischen Bruderpartei vor einigen Monaten in eine recht mißliche Lage versetzt. Die Zahl der Abonnenten bei den französischen Blättern ist gering, ebenfalls die Inseratenbeiträge, sofern die Blätter nicht direkt der kapitalistischen Korruption dienen. Die Humanité sah sich veranlaßt, die Kosten für die Redaktion herabzusetzen, die Verwaltung zu reorganisieren; vor allem mußte darauf Bedacht genommen werden, den Abonnentenstand bezw. den Leserkreis zu erhöhen. Auch wurde eine Subskription eröffnet, an der sich bekanntlich auch der deutsche Parteivorstand mit einer erheblichen Summe beteiligte. Jetzt gibt die Humanité einen Bericht über die bisherigen Erfolge. Danach betrug der Einzelverkauf im Paris im Monat Januar 10 600 Exemplare; im März 13 000, im April 14 000 und am 19. Mai (bis zu diesem Datum reicht vorläufig die Statistik) 16 000. Hierzu kommt der Verkauf von 2000 Exemplaren auf den Bahnhöfen, macht zusammen 18 000 Exemplare. In der Provinz ist der Verkauf von durchschnittlich 16 400 in den Tagen des Januar auf 19 360 im April gestiegen. Die Zahl der festen Abonnenten hat sich aber fast gar nicht vermehrt; sie betrug 7580 am 1. Januar und war am 24. Mai nur auf 7590 gestiegen. Insgesamt hat also die Humanité mit zirka 42 000 Lesern zu rechnen, eine Zahl, die von keiner andern politischen Zeitung in Frankreich erreicht wird. Trotzdem ist es der Verwaltung der Humanité noch nicht gelungen, das Budget des Blattes vollständig ins Gleichgewicht zu bringen. Im Moment der Krisis betrug das Defizit 13 000 Franks pro Monat, heute konnte es auf 6500 herabgemindert werden. Weitere Ersparnisse, so heißt es im Bericht weiter, könnten nun aber nicht mehr gemacht werden, und so werden die französischen Parteigenossen aufgefordert, vor allen Dingen die 3000 Aktien à 25 Franks unterzubringen. 55 000 Franks sind bereits gezeichnet. Hoffentlich gelingt es unsern französischen Genossen, die Sanierung der Finanzen ihres Kampforgans vollkommen durchzuführen.

Gewerkschaftliches.

Keine Millionenspende. Die Geschichte von der Millionenspende wird vom Offenbacher Parteiblatt für ein Märchen des Frankfurter Generalanzeigers erklärt.

Zur Aussperrung im Maingebiet. Der Arbeitgeberverband im Metallgewerbe hatte eine Besprechung mit seinen Mitgliedern, um über den Stand der Offenbacher Aussperrung zu berichten. Man will die neuen Vereinbarungen schon am 1. Juli in Kraft treten lassen und hofft, bis dahin noch eine Einigung zu erzielen. Die noch Arbeitenden auf den Adlerfahrradwerken beschlossen mit 150 Stimmen Mehrheit, Freitag die Arbeit niederzulegen, falls bis dahin die Aussperrung nicht aufgehoben ist.

In Gelsenkirchen sind die Klempner und Installateure in den Ausstand getreten. Sie verlangen Anerkennung des Tarifs.

Zum Kampf im Berliner Baugewerbe. Der Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter hatte sich bekanntlich mit dem von der Leitung vorgelegten Tarif nicht einverstanden erklärt. Dem Willen der Majorität entsprechend sind neue Spezialtarife gedruckt worden, in denen (als einzige Aenderung) folgende Lohnsätze vorgesehen sind. § 2 lautet: 1. Der Lohn beträgt für gewöhnliche Bauarbeiter pro Stunde 60 Pf. 2. Für Kalkschläger (Arbeiten mit hydraulischem Kalk), Wasserträger, Rüster, sowie an Hebevorrichtungen beschäftigte Arbeiter pro Stunde 65 Pf. 3. Für das Tragen von Steinen und Kalk pro Stunde 80 Pf. 4. Akkordarbeiten. Der Preis für das Tragen von pro 1000 Steine nebst dem dazu gehörigen Mörtel beträgt 25 Pf. mehr wie die bisherigen Akkordsätze.

Es gilt nun, die alten Verträge, von welchen etwa 450 bis 500 abgeschlossen sind, entsprechend zu ändern, was hoffentlich nicht zuviel Schwierigkeiten machen wird. Fünfzig neue Tarife sind schon unterzeichnet worden und zahlreiche Zustimmungen zu der gewünschten Aenderung sind eingelaufen. Wo die Maurer und Zimmerer ihre Bedingungen zur Anerkennung bringen, wird nun auch der neue Tarif der Hilfsarbeiter berücksichtigt werden.

Etwa 4700 ausgesperrte und streikende Bauhilfsarbeiter meldeten sich in der letzten Zeit zur täglichen Kontrolle. Um über die bestehende Situation ein klares Bild zu erhalten, soll am Freitag eine allgemeine Baukontrolle für die Hilfsarbeiter des Zweigvereins Berlin vorgenommen werden.

Die sonstigen Zählungen haben ergeben: Streikende und Ausgesperrte 12 192, zu den neuen Bedingungen arbeiten fast 5000 Mann. Außerdem sind 952 Akkordmaurer und 521 Gelbe beschäftigt.

Zum Berliner Bäckerstreik ist zu berichten, daß bis jetzt 850 Meister bewilligt haben. Als Streikende sind noch 800 Gesellen eingetragen.

Ausland.

Oestreich. Der Eisenbahnverband hielt seine Generalversammlung in Wien ab. Während in Deutschland die Eisenbahner, wie überhaupt alle Beamten, vollständig entrechtet und in starrer Subordination niedergelegt werden, hat sich in Oestreich eine ganz respektable Organisation der Eisenbahner entwickelt. Nach dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes ist die Mitgliederzahl von 32 721 im Jahre 1905 auf 46 943 im Jahre 1906 gestiegen. Davon waren im letzten Jahre 30 973 deutsche, 10 614 tschechische, 3 702 polnische, 1 506 slowenische und 148 italienische Mitglieder. Die Einnahmen der Zentrale und der Ortsgruppen beliefen sich im Jahre 1906 auf 305 178 Kronen. 1238 Versammlungen und Vorträge wurden allein von der Zentrale mit Referenten beschickt. Die Organisation tritt auch gegenüber der Regierung mit großer Energie für die Rechte der Mitglieder ein und der Staat geht darum noch nicht zugrunde.

Frankreich. Die streikenden Seeleute sollen in Marseille und mehreren anderen Hafenstädten die Arbeit wieder aufgenommen haben. In Nantes und Toulon dauert der Ausstand an.

Japan. Streikunruhen. Londoner Blätter melden aus Tokio, daß große Unruhen in den Kupferminen von Beschi ausgebrochen sind. Die Arbeiter zerstörten sämtliche Gebäude der Gesellschaft und griffen die Polizei und das Militär an. Der Polizeichef wurde getötet. Es sind die größten Streikunruhen, die je in Japan vorkamen.

Aus dem Reiche.

Spandau. Ein Todessturz aus dem Kasernenfenster. Der Gemeine Feng von der 5. Kompagnie des Garde-Grenadierregiments Nr. 5 hatte sich, als er abends nach seiner Stube gekommen war, noch zum Fenster hinausgelegt, während die Kameraden sich zur Ruhe begeben hatten. Plötzlich hallte ein durchdringender Schrei über den Kasernenhof hinweg; man fand den Soldaten mit zerschmetterten Gliedmaßen auf dem gepflasterten Hofe vor. Der Schwerverletzte starb auf dem Transport zum Garnisonlazarett.

Die bürgerliche Presse behauptet, daß der Todessturz erfolgt sei, weil Feng am Fenster eingeschlafen sei. Ob das wohl zutrifft?

Offenbach. Explodiert ist auf den Farbwerken Mühlheim ein Deifiltrierkessel, wobei ein Arbeiter seinen Tod fand. Das Gebäude wurde zerstört, in der Umgegend wurden Dächer abgedeckt, Fenster zertrümmert und Wände beschädigt.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopoldt in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Marken — Blaue Rabattmarken oder Konsummarken. Auf Wunsch 5% in bar.

H. Elkan

Umtausch — aller bei uns gekauften Artikel auch abgeschnittene Waren, werden bereitwilligst retourgenommen.

Leipzigerstrasse 87, Ecke Brauhausstrasse.

Vorteilhaftes Sonnabend-Angebot.

Grosser Schuhtag!

Doppelte Rabatt-Marken auf Wunsch 10% in bar

oder den Wert von 10% in Konsummarken.

Es ist wohl zur Genüge bekannt, dass wir nur gute Qualitäten in Schuhwaren in den Verkauf bringen und bieten wir mit dieser Extra-Vergünstigung etwas ganz Besonderes.

Herrenstiefel kräftiges Leder 6.10 5.60 5.10 4.20
Herrenstiefel Boxcalf-Chevreaux imit. 12.50 9.80 8.75
Sommer-Schuh für Herren in jeder Art.

Kinder-Schuhwaren jeder Art zu billigsten Preisen.

Damenstiefel gelb, rot und schwarz 5.75 3.90
Damenstiefel Boxcalf-Chevreaux imitiert 11.80 10.50 7.80
Sommer-Schuh für Damen in grösster Auswahl.

Ausserdem geben wir im

Gültig Heute Sonnabend — Vormittags-Verkauf — Gültig Heute Sonnabend

Auf sämtliche Waschkleiderstoffe doppelte Rabattmarken oder 10% in bar.

Musseline imit. 55 47 34 25 Pf.
Satin Meter 1.10 90 75 55 Pf.
Zephir Meter 75 42 28 Pf.

Gingham Meter 90 55 40 Pf.
Musselin-Wolle 1.30 1.15 75 Pf.
Prinzen-Stoff Meter 75 Pf.

Benutzen Sie die Vorteile dieses Angebots und Sie sparen Geld!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0003

M. BÄR'S 95 Pfg. WOCHE

Für die beiden letzten Tage eingetroffen: 1 Waggon Steingutwaren.

Neue Zusammenstellungen:

12 Paar Tassen mit Untertassen 6 tiefe Feston-Teller 6 flache Feston-Teller — **95 Pf.**	6 Milchtöpfe fein dekoriert 6 große Krüge verschied. Größen, fein dek. od. weiß — **95 Pf.**	6 Schüsseln, verschied. Größen, gerippt 1 Waschbecken, extra groß — **95 Pf.**	12 Teller, tief u. flach, 1 Salatière, 1 Kompottière, bt. 6 tiefe Teller, 6 flache Teller, 6 dek. Tassen — **95 Pf.**	5 massive Kompottièren, in Größen sortiert 6 tiefe gerippte Teller 6 flache gerippte Teller — **95 Pf.**

Unsere Schaufenster zeigen unsere Leistungsfähigkeit.

1 Stickrahmen 1 Nähkasten 1 Kasten mit Schablonen 1 gr. Majol.-Blumentopf 95 Pf. — **95 Pf.**	2 Pferde-Gruppen 1 Wandspiegel 2 hohe Vasen, ff. dekor. 2 große Buketts — **95 Pf.**	1 Brottrommel, fein lackiert 1 Aermelbrett 1 Bügeleisen — **95 Pf.**	1 Garnitur Vasen, dreiteilig 1 Stellspiegel 3 Riegel Oranienb. Seife 95 Pf. — **85 Pf.**	1 elegante Büste 2 Bilder m. bronz. Rahm. 1 Postkarten-Album 1 Staffelei, 1 Fächer — **95 Pf.**

Auf sämtliche Zusammenstellungen doppelte Rabattmarken.

---

2 gr. öffentl. Versammlungen

finden statt am **Sonnabend den 8. Juni abends 8 Uhr** im **„Letzten Dreier", Merseburgerstr. 32,** und am **Montag den 10. Juni abends 8 Uhr** im **Lindenhof** in **Kröllwitz.**

Frau **Marie Wackwitz** aus **Dresden** spricht über: **Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in den hiesigen Fabriken.**

Jedermann hat Zutritt! Besonders sind aber die **hiesigen Fabrikarbeiterinnen** und **Fabrikarbeiter** eingeladen.

Der Einberufer.

Halle-Trotha.

Achtung! Ziegelei-Arbeiter. Achtung!

Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 3 Uhr im Bernstein'schen Lokale, Göthestr.

Oeffentliche Ziegeleiarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

1. „Weshalb müssen sich auch die Ziegelei-Arbeiter organisieren?" Ref.: **Alb. Dannehl-Halle.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Pflicht aller Ziegelei-Arbeiter ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Ammendorf.

Sonntag, d. 9. Juni, nachm. 3 Uhr im „Burgschlößchen"

Grosse öffentliche Versammlung.

Tagesordnung.

Vortrag der Frau Marie Wackwitz aus **Dresden** über: **„Die Lage der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen und wie ist dieselbe zu verbessern".**

— Entree wird nicht erhoben. —

Zu dieser Versammlung hat jeder Einwohner von **Ammendorf** und **Umgegend** Zutritt. Besonders sind die Frauen und Arbeiterinnen eingeladen. **Der Einberufer.**

Metallarbeiter-Verband

Zahlstelle Halle a. S.

Sonnabend d. 8. Juni abds. 8½ Uhr i. Konzerthaus

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl zweier Revisoren und zweier Mitglieder zur Bezirks-Kommission. 2. Bericht über die 8. General-Versammlung. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Einlass nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Zahlreichem Besuche sieht entgegen Die Verbandsleitung.

Naumburg.

Sonnabend, den 8. Juni 1907, abends 8 Uhr im Schwarzen Adler

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Was will die Sozialdemokratie im Stadtparlamente.** Ref.: **Reichstags-Abgeordneter Albrecht-Halle.** 2. Diskussion.

Volle Redefreiheit für Jedermann. Eintritt 10 Pfg.

Der Einberufer.

Zentralverb. aller i. d. Schmiederei besch. Pers.

Zahlstelle Halle.

Sonnabend den 8. Juni abends 8½ Uhr im Engl. Hof, Großer Berlin 14

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. **Vortrag** des Genossen Redakteur **Fröhlich** über: **Episoden aus dem Bauernkriege.** 2. Diskussion. 3. Die Lohnbewegung der Halleschen Meistergesellen. 4. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen jedes Kollegen ist unbedingt notwendig.

Die Ortsverwaltung.

Verbd. d. Zimmerer v. Zeitz u. Umg.

Sonntag den 9. Juni im Saale der „Bürger-Erholung"

Ball.

Einlass nur gegen Karte. — Anfang nachm. 4 Uhr.

Hierzu erlauben wir uns sämtliche Gewerkschaftsmitglieder einzuladen. **Der Vorstand.**

Arbeit.-Radfahrerverein „Frisch auf", Oberthau.

Sonntag den 9. Juni, nachmittags 3½ Uhr, im Gasthof „Deutsche Krone" zu Naßnitz

Stiftungsfest,

verbunden mit **Reigenfahren, Preisschiessen, Verlosung** und **BALL.**

Sammeln der Vereine um 3 Uhr in Oberthau.

Hierzu laden wir alle Vereine, Freunde und Bekannte freundlichst ein. **Der Vorstand.**

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Peller.**

Unbeschreiblichen Lacherfolg

erzielt allabendlich

Florette u. Patapon,

Burleske in 3 Akten von Maurice Hennequin u. Pierre Veber. (Verfasser von „Haben Sie nichts zu verzollen?") Deutsch von Benno Jacobson.

Die originellste Novität dieser Saison!

---

123 Rassepferde 123 — **200 Personen 200**

Dienstag, den 11. Juni unwiderruflich letzte Vorstellung.

Zirkus Schumann

Sonnabend, den 8. Juni 1907:

Grosse Gala-Benefiz-Vorstellung

für die beliebten Clowns

Nelson und Metzony.

Clown Nelson in seinen unübertroffenen Leistungen im Hoch- und Weitspringen.

U. a.: Der Sprung über eine geschlossene Droschke.

Gr. Amateur-Konkurrenz-Reiten

50 Mark Prämie

erhält derjenige, welcher imstande ist, stehend dreimal die Manege zu umreiten.

9. Juni 1907:

Letzter Sonntag: 2 grosse Vorstellungen 2

nachm. 4 Uhr, abends 8¼ Uhr.

Das Programm der Nachmittags-Vorstellung ist ebenso reichhaltig wie das der Abend-Vorstellung.

Nachmittags zahlen Kinder unter 12 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise.

Albrecht Köttnitz, Zeitz, empfiehlt sein großes Lager in **Herren- u. Knabengarderobe** zu soliden Preisen.

David's Nährzwieback, Kindern und Erwachsenen, insbesondere Rekonvaleszenten ärztlich empfohlen, weil leicht verdaulich, s. wohlschmeckend u. unbegrenzt haltbar. **Das Stück 1 Pf.**

Johannes David, Konditorei, Geiststr. 1.

Total-Ausverkauf in Krawatten

in herrlichen Mustern und jeder Façon

zu **40, 60** und **75** Pf. **1.50**,

Herren-Wäsche Ia. Qualität, zu äußerst billigen Preisen.

Stroh- und Filz-Hüte enorm billig.

Regenschirme, guter Stoff, M. **2.50**,

Herren-Westen 9.75 jetzt **4.25**,

Handschuhe, Unterzeuge, Hosenträger

zu ganz enorm billigen Preisen.

Es versäume niemand, die Gelegenheit wahrzunehmen, da nur moderne Sachen zum Verkauf gelangen.

Obere Leipzigerstr. 64.

— Pa. Salz-Schnittbohnen, —

1 Pfund 16 Pfg., 5 Pfund 75 Pfg.,

Pa. Magdeburger Sauerkohl,

1 Pfund 5 Pfg.,

Sommer-Halta-Kartoffeln, 1 Pfund 15 Pfg.,

ff. Matjes-Heringe, Stück 10 Pfg.

Louis Eisfeld, **Marktplatz 22,** im „Goldenen Ring", **Steinweg 24.**

Wir dürfen nur

Caramel-Malz-Bier

mit der Schutzmarke

Pelikan mit Jungen

bringen.

Verantwortlich für die Inserate verantwortlich: August Graf. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 131. Halle a. S., Sonnabend den 8. Juni 1907. 18. Jahrg.

Halle und Saalkreis.

Halle, 7. Juni.

Zur Situation im Baugewerbe

schreibt die Streikleitung:

Das vorige Woche seitens der drei Bauberufsorganisationen verbreitete Flugblatt, das zur Aufklärung über den Ausstand im Baugewerbe dienen sollte, hat die Scharfmacher so in Harnisch gebracht, daß sie durch ihr Sprachrohr, die Giftnudel, die Ausständigen und deren Vertrauenspersonen, welche von den Scharfmachern mit dem Ehrentitel „geistige Führer" belegt werden, auf das schimpflichste beleidigen und verleumden. Ein förmliches Indianergeheul stimmt diese Gesellschaft darüber an, daß die Bauarbeiterschaft sich erlaubte, eine Lohnforderung zu stellen und nicht solange Luft zum warten hatte, bis es den Protzen im Baugewerbe eingefallen wäre, einmal ein paar Gnadenpfennige zuzulegen. Mit einer Raffiniertheit sondergleichen versucht man den Streikenden politische Motive zu unterschieben, die bei Führung dieses Lohnkampfes maßgebend seien und versucht sogar, diese Lohnbewegung mit den Wahlen in Verbindung zu bringen. Jeder sich seines Rechtes und seiner Menschenwürde bewußte Arbeiter, der nach Hebung seiner Klasse und Verbesserung der Lebenshaltung strebt und wirkt, ist ja unserem brutalen Unternehmertum ein Dorn im Auge. Dagegen sind, nach ihrer kapitalistischen Moral, jene halb dertierten, mit der Tugend der Bedürfnislosigkeit ausgezeichneten und sich willig unter die schmählichste Ausbeutung und die schimpflichste Behandlung beugenden ausländischen Geschöpfe brave, edle Arbeiter. Man braucht sich dann angesichts dieser Tatsachen wohl auch nicht zu wundern, wenn von diesen Scharfmachern in die Welt hinausposaunt wird, die Halleschen Bauarbeiter hätten die Bereitwilligkeit der Arbeitgeber mißbraucht, indem sie unerfüllbare, zu weitgehende und einen unversöhnlichen Geist tragende Forderungen gestellt hätten. Der Streikleitung wird der Vorwurf gemacht, daß die im Flugblatte geschilderte Situation verdreht und entstellt sei und bezichtigt sie der groben Lüge. Wer aber die Lügner und in welchem Lager sie zu suchen sind, wird durch Feststellung folgender Tatsachen leicht ermittelt werden können. Die Scharfmacher behaupten, daß seit 1899 bis 1. April 1907 der Lohn um 7 Pf. gestiegen wäre. Das ist eine ganz infame Unwahrheit. Am 29. Juli 1899 hatte die damalige Organisationsleitung mit der Bauinnung Halle a. S. folgenden Vertrag abgeschlossen:

An die Lohnkommission der Maurer von Halle a. S. und Umgegend.

Infolge Ihrer Mitteilung vom 27. d. M. hat die Bauinnung Halle a. S. in der gestrigen Sitzung beschlossen, für Maurer von jetzt ab bis zum 31. März 1900 einen Stundenlohn von 48 Pf. vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 einen Stundenlohn von 50 Pf. zu bewilligen.

Im Herbste jeden Jahres und zwar vom 15. November bis 15. Dezember soll eine Kommission, bestehend aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern, zusammentreten, um über Lohnfragen zu beraten.

Die Innung setzt voraus, daß die Arbeiten am Montag, den 31. Juli d. J., auf allen Bauten wieder aufgenommen werden.

Der Vorstand der Bauinnung.
J. A.: Conrad Bauer, stellvertr. Obermeister.

Daraus geht doch klar und deutlich hervor, daß der Stundenlohn vom 1. April 1900 ab 50 Pf. betragen sollte, nicht 45 Pf., wie die Wahrheit hassenden Unternehmer in lügenhafter Weise behaupten.

Aber nicht genug damit. Kurz vorher hatte die Lohnkommission der Arbeiter mit einer Reihe namentlich aufgeführter Innungsmeister folgenden Vertrag abgeschlossen, der ebenfalls an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt:

Unterzeichnete Kommission verpflichtet sich unter folgenden Bedingungen den Herren Innungsmeistern, welche diesen Vertrag unterzeichnen, Maurer zur Arbeit zur Verfügung zu stellen:

1. Der Lohn für Maurer beträgt pro Stunde 50 Pf. und zwar bis 31. März 1901. 2. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. 3. Sollte mit den anderen Herrn Innungsmeistern etwas anderes vereinbart werden, so gilt dasselbe für alle Innungsmeister.

J. A. der Kommission: Wilh. Lindenhahn, Karl Degenkolbe.
Arbeitgeber: C. Günther, Otto Recke, P. Eulenburg, Herm. Risse, W. Krahmer, Hahnemann u. Köhler, v. d. Wehl, C. Lingesleben, Frd. Schötensack.

Diese Verträge konnten natürlich nur nach einem vorangegangenen Streik abgeschlossen werden, denn ohne Kampf war es bis heute noch nicht möglich, den Halleschen Unternehmern auch nur einen Pfennig abzufordern. Dieser Lohnsatz von 50 Pf. wurde bis Oktober 1900 auch gezahlt, aber dann durchbrachen die Innungskrauter den Vertrag und machten Abzüge. Die Organisation der Maurer ließ sich eine solche Handlungsweise natürlich nicht so ohne weiteres gefallen, sondern versuchte in einem neunmonatlichen Abwehrkampfe diesen Schlag zu pariren. Hiermit ist wohl genügend nachgewiesen, daß also schon 1899 bezw. 1900 der Stundenlohn von 50 Pf. festgelegt wurde, daher bis zur gegenwärtigen Zeit keine Lohnaufbesserung zu verzeichnen ist. Die Phrase der Arbeitgeber also, daß eine 15prozentige Lohnerhöhung in dem Zeitabschnitt von 1899 bis 1907 eingetreten sei, ist hinfällig. Was die Bauunternehmer anbetrifft, so hatten diese ja schon immer höhere Lohnsätze gezahlt, doch gab es auch unter ihnen einige, die da glaubten, Abzüge machen zu dürfen. Aber die Organisation der Maurer hatte soviel Einfluß, daß diese Maßnahme der Unternehmer bei Versuchen blieben. Nachdem nun nach sieben Jahren die Arbeiter Lohnaufbesserung verlangen, bezeichnet dies unser bockbeiniges Unternehmertum als maßlose Forderung. Mit schauspielerartiger Kunstfertigkeit versuchen sie das sonst so für die Arbeiter „warm"schlagende Herz der Oeffentlichkeit zu präsentieren. Das von den Unternehmern gemachte Angebot und die mündliche Unterhandlung war nur eine Farce und nur dazu berechnet, die öffentliche Meinung zu täuschen. Deshalb versuchen die Scharfmacher, alle Schuld, daß eine Einigung nicht erzielt wurde, den Streikleitungen in die Schuhe zu schieben. Die Beleidigung der Streikenden, daß sie im Verhältnis zu den italienischen Streikbrechern minderwertige Kräfte seien, kann nur Hohnlachen erwecken. Wir erinnern das Unternehmertum bei dieser Gelegenheit an den Ausspruch ihres Kollegen Lummert in der Kaisersäle-Versammlung im Mai des vorigen Jahres, dann wird diese Behauptung wohl ein etwas anderes Bild bekommen.

Weitere Unwahrheiten verbreitet man geflissentlich, daß die Streikenden ihre Frauen und Kinder veranlassen, vor den Bauten zu demonstrieren. Hierauf näher einzugehen, ist jeder Federstrich schade. Also Lüge, Verleumdung und Polizeigewalt sind die Waffen, mit denen das Scharfmachertum kämpft und die Ausständigen niederzureiten versucht. Auf einen event. derartigen Pyrrhussieg können diese Häuptlinge dann nicht stolz sein. Aber die Arbeiter werden den Kampf weiterführen. Die von den Unternehmern so sehnlichst erwartete Niederlage, hervorgerufen durch Ausgehen der Finanzen, wird noch lange ausbleiben, das können wir heute schon verraten.

Die Streikleitung der Zimmerer teilt mit, daß sich der Kampf immer ernster gestaltet, da die Zimmermeister alle Anstrengungen machen, Streikbrecher heranzuziehen; der bisherige Bestand der arbeitswilligen Elemente reicht eben nicht aus, nur die notwendigsten Scharwerksarbeiten zu bewältigen.

Die Unternehmer sind doch zu ideale Menschen, Sie büßen lieber den sonst süß schmeckenden Profit der Arbeitskraft ein, als daß man die Hand zum Frieden bietet. Wie Fama behauptet, wollen zwar die Baugewerksinnungsmeister (die Sektion der Zimmermeister) eine Einigung mit den „zugänglicheren" Leuten zu erzielen versuchen. Bei der Streikleitung ist davon allerdings nichts bekannt, sie sieht allerdings, wie immer betont, einer baldigen Verständigung entgegen, auf der angegebenen Grundlinie: die Verkürzung der Arbeitszeit in dem gebotenen Zeitpunkt herbeizuführen. Einem Entgegenkommen steht aber die Meldung entgegen, daß in vergangener Nacht der Wagen des Zimmermeisters Metze in Begleitung des bekannten Arbeitswilligen Gustav Ebert, auf der Bahn stand, — um arbeitswillige Italiener herbeizuholen. Das ist die richtige Tätigkeit eines Streikbrechers.

Die bekannten „Qualitätsarbeiter" Koch und Meister haben bei dem Unternehmer Fr. Püchel eine Zulage hinter der „Egge", auf den Pulverweiden, angefangen. Daß aber sich als Dritter im Bunde, der hineingefallene Unternehmer, jetzt zum Polier „avancierte" Fritz Kurth hinzugesellte, hatte niemand gedacht. Wirklich ein würdiges Kleeblatt.

Es wird ferner an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß am Sonnabend abend der Verband und der Fachverein ihre Mitgliederversammlungen abhalten, wo die gegenwärtige Lage des Streiks besprochen wird. Es ist also die heiligste Pflicht eines jeden Mitgliedes, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

Haß macht blind.

Die Abneigung gegen die streikenden Bauarbeiter läßt die bürgerliche Presse, allen voran natürlich die Giftnudel (aber auch der „unparteiische" Generalanzeiger beteiligt sich an der Hetze), auf die dümmsten Geschichten hineinfallen. So auch mit der Mißhandlung des Maurerlehrlings Weber, die natürlich von Streikenden verübt worden sein mußte. Triumphierend wurde gestern verkündet, daß der Uebeltäter in der Person des streikenden Maurers Landgraf ermittelt und verhaftet worden sei. Jetzt nun stellt sich heraus, daß dieser Landgraf kein streikender sondern ein streikbrechender Maurer ist. Das berichtet aber unsere wahrheitsliebende bürgerliche Presse nicht. Wohl aber kann sie sich nicht genug tun im Wüten über den angeblichen Terrorismus der streikenden Bauhandwerker. So empört sich unser ehrbares Bürgerpapier darüber, daß die Streikenden gegen die Geschäftsleute vorgehen, die die Scharfmacher oder die Streikbrecher unterstützen, und nennt das Terrorismus. Daß aber die Scharfmacher die Sandgruben- und Fuhrwerksbesitzer zwingen wollen, den Unternehmern, die bewilligt haben, keine Materialien mehr zu liefern, daß sie schwarze Listen der Streikenden ausgeben, das ist natürlich kein Terrorismus. Unser hiesiges konservatives Papier wünscht nun, daß die durch die Arbeiter boykottierten Geschäftsleute das so verhaßte Volksblatt und die „Schnüffler" auf Vermögensschädigung verklagen. Gut, aber sichere Aussicht auf Erfolg werden die Unternehmer haben, die den Scharfmacherverband auf Entschädigung verklagen werden. Man soll doch nicht mit Steinen werfen, wenn man im Glashause sitzt. Aber Haß macht eben blind!

---

* **Die Tagesordnung** für die nächsten Montag stattfindende Sitzung der Stadtverordneten enthält für die öffentliche Verhandlung nur sechs Beratungsgegenstände, nämlich eine Mitteilung über die Anleihe des Elektrizitätswerkes, einen Landaustausch zwischen der Stadtgemeinde und den elektro-chemischen Werken in Ammendorf, eine Nachbewilligung für das Lehjahr auf 1905 (!!), die Wahl von Mitgliedern für das Kuratorium der Handwerkerschule, den Bericht des Magistrats über die Wohnverhältnisse der städtischen Arbeiter und die vorigen Montag eingebrachte sozialdemokratische Interpellation über Begünstigung der Arbeitgeber im Baugewerbe durch städtische Beamte. Wahrscheinlich kommen noch dazu zwei Petitionen, die dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen worden waren. — In der geschlossenen Sitzung wird über die Wahl des zweiten Bürgermeisters verhandelt werden, über die Anstellung von städtischen Beamten und die Wahl von Schiedsmännern, Pflegern und Mitgliedern der Veranlagungs-Kommission zur Gebäudesteuer.

* **Deutscher Transportarbeiter-Verband, Halle a. S.** In der diesmaligen öffentlichen Monatsversammlung, welche Sonnabend, den 8. d. M., in den Drei Königen stattfindet, wird Bericht vom letzten Verbandstag erstattet. Da auf diesem wichtige Beschlüsse gefaßt worden sind und auch die übrige Tagesordnung für die Berufsangehörigen von großer Wichtigkeit ist, sei hierdurch auf diese Versammlung noch besonders hingewiesen.

* **Warnung vor Schwindlern.** Dem Bauarbeiterstreik machen sich zwei Individuen zu nutze, um für ihre, wie es scheint, leere Tasche eine Subskription zu veranstalten. In Kröllwitz ist ein großer starker Mann in geradezu eleganter Kleidung mit angeblichen Listen der Streikenden hausieren gegangen und hat Beiträge kassiert, im Glaucharer Viertel hat dieses Manöver ein kleiner, schmächtiger Mann versucht. Beiden ist es auch gelungen, an verschiedenen Stellen Geldbeträge zu erlangen. Demgegenüber macht die Streikleitung bekannt, daß sie keine Listen ausgegeben hat, da die Finanzlage noch eine solche ist, daß die Hilfe der Mitbürger nicht in Anspruch genommen werden braucht. Wo diese Schwindler auftauchen, wolle man die Listen innehebalten und die Unschädlichmachung dieser Piraten veranlassen.

* **Und noch ein Schwindler** treibt hier sein Unwesen. Es ist ein junger Mann Mitte der 20er Jahre, groß, schlank, dunkelblond, der es auf Wohnungen mit Aftermietern abgesehen hat. In deren Abwesenheit sucht er deren Wirtinnen ein Buch aufzuschwätzen, das angeblich von dem Mieter bestellt sei, und dafür das Geld einzukassieren. Natürlich hat niemand das Buch bestellt, dasselbe hat auch nicht den Wert des geforderten Preises. Deshalb Vorsicht bei Auftauchen dieses Burschen.

* **Ein getreuer Vasall des Scharfmacherverbandes** ist der Pächter der städtischen Sandgrube, der ehemalige Oebster Böhme, geworden. Während er vorige Woche noch an die die Forderungen der Arbeiter bewilligt habende Unternehmer Sand anbot, verlangt er jetzt von jedem Sand abfahrenden Unternehmer eine vom Arbeitgeberverband ausgestellte Karte. Es geht doch nichts über ein festes Rückgrat. Die so abgewimmelten Unternehmer mögen es sich merken und bei event. späterem Angebot von Sand aus der Böhmeschen Sandgrube sich des heutigen Verhaltens des Pächters erinnern und darnach handeln.

Nussbaums 90 Woche 90 Pfg.-

Der ungeheure Erfolg **unserer 90 Pf.-Woche** hat abermals den Beweis erbracht, dass dieselbe bei uns. Kundschaft in Bezug auf Grosszügigkeit, Auswahl, preiswerter Ware allgemeinen Anklang fand und **vollkommen konkurrenzlos dastand.**

Um unserer Kundschaft auch für den Schluss noch besondere Vorteile zu bieten, haben für morgen Sonnabend nochmals **in allen Abteilungen** neue 90 Pfg.-Zusammenstellungen ausgelegt.

Schluss Sonnabend abend 9 Uhr.

Benutzen Sie diese letzte Kaufgelegenheit!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190706 08-10/fragment/page=0005

* **Ein Seelenverkäufer als Räuber.** Ein angeblicher Vermittlungsagent Szazinski von hier hat einen russisch-polnischen Arbeiter, den er nach einem Gute verbringen wollte, bei Osdorfsleben überfallen, mit einem Stocke geschlagen und mit einem Messer gestochen, in der Absicht, den armen Teufel zu berauben. Der Ueberfallene entwich jedoch dem Uebeltäter, ehe derselbe den Raub ausführen konnte. In Osdorfsleben wurde der aus vielen Wunden blutende Arbeiter auf der Polizeiwache verbunden. Der Räuber konnte noch nicht festgenommen werden.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Patentbureau Pipp u. Büttner, Hamburg, Glockengießerwall 21, über: Patenterteilungen: 187 061. Zweischneidiges Stangmesser; Nollesche Werke, Ernst Nolle, Weißenfels. — 187 174. Bandförmiger Fensterfeststeller; Hermann Schuster, Halle. — Gebrauchsmuster-Eintragungen: 307 734. Fahrbarer, um eine senkrechte Achse drehbarer Knettrog mit einer während seiner Benutzung auf Rollen ruhenden Stützleiste; Herm. Bertram, Halle. — 307 430. Koffer mit zur Vergrößerung der Höhe dienenden, durch Haken zu verbindenden Wandeinsatzteilen; Hermann Eikemann, Halle. — 307 646. Schneuertuch aus Baumwoll- oder dergleichen Gewebe mit sternförmiger Verstärkung; Emil Brasch, Halle. — 307 063. Mittelst Schelle oder dergleichen zu befestigender, die Anschlußstellen für die Abzweigleitungen tragender Stutzen an Gas- oder Wasserleitungs-Hauptrohren; Paul Dehne, Halle. — 307 338. Patronenhülsenauskratzer, bestehend aus zwei federnden Schenkeln mit an den Enden befindlichen vorstehenden Messern; Wilhelm Tornau, Halle. — Das Bureau erteilt unseren geschätzten Lesern Rat und Auskunft in allen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten kostenlos.

* **Zum Rad- und Motorrennen** am nächsten Sonntag befindet sich die Vorverkaufsstelle der Einlaßkarten für Bundesmitglieder in der Fahrradhandlung von W. Münster, Marktplatz 24, was von den Bundesmitgliedern besonders zu beachten ist.

* **Zuviel zugemutet hatte** man augenscheinlich einem etwa zehn- bis zwölfjährigen Mädchen vom Moritzzwinger, das sich einen Nagel in den Fuß getreten und deshalb nach der Klinik an der Magdeburgerstraße gegangen war. Dort entfernte man den Fremdkörper, verband den Fuß und entließ das Mädchen. Aber auf dem freien Platze vor dem Walhallatheater konnte das Kind nicht mehr weiter. Eine Frau nahm sich seiner an, bis ein herbeigerufener Feuerwehrmann das Kind auf seinen Armen nach der Klinik zurücktrug.

* **Lebensgefährlich verunglückt** ist ein Stellmacher aus Diemitz, der hier Holz einkaufen wollte, wobei ihm ein schwerer Stamm über den Leib rollte. Hoffnungslos wurde er nach der Klinik gebracht.

* **Hilflos aufgefunden** wurde auf der Delitzscherstraße ein Arbeiter von auswärts und nach der Klinik gebracht.

* **Ausgesetzt** hat eine bis jetzt noch unbekannte Mutter ihr etwa acht Tage altes Knäblein, das auf dem Treppenflur des Hauses Gr. Steinstraße 58 aufgefunden wurde. Das Kind wurde vorläufig der Klinik überwiesen.

Diemitz, 6. Juni. (E. B.) Beschuldigungen gegen einen Polizeiexekutivbeamten erhob in der gestrigen Schöffengerichts-Sitzung in Halle eine Frau Klara Golische von hier, die ein kleines Häuschen besitzt und sich von Landwirtschaft nährt. Die Frau war wegen Beleidigung angeklagt, da sie dem Amtsvorsteher mitgeteilt hatte, der Polizeiexekutivbeamte habe sie in ihrer Stube „umhergeprescht" und ihr im Herbst v. J. unsittliche Anträge gestellt. Der Beamte habe dabei besonders betont, daß er Geschworener sei und sie sich ihm ruhig hingeben könne. Der Amtsrichter bezweifelte die Angaben der Frau; sie behauptete aber, ihre Tochter habe die Szene mit erlebt. Es wurde deshalb Beweiserhebung beschlossen und die Sache vertagt.

Seeben, 6. Juni. (E. B.) Zur Wasserfrage. Bekanntlich schwebt seit längerer Zeit schon eine Klage der Gemeinde gegen die Grube Glück auf wegen Beschaffung guten Wassers. Im Laufe voriger Woche war nun eine Kommission hier, um eine Probe von dem jetzt von der Grube gelieferten Wasser zu entnehmen. Diese Probe wird jedenfalls, wie allgemein vermutet wird, für gut befunden worden sein. Und warum? Ganz einfach! Die Grubenverwaltung hat ihren im Tiefbau tätigen Arbeitern unter Fortzahlung des Lohnes einen freien Tag gewährt. Natürlich nur, um das Wasser nicht zu verunreinigen, nicht etwa den Arbeitern zuliebe. Wäre die Kommission unvermutet ein paar Tage früher gekommen, so hätten sich jedenfalls deren Mitglieder schon bei der Benennung „Trinkwasser" übergeben. Es wird natürlich ein Rätsel bleiben, woher die Grubenverwaltung den Wink bekommen hat. Daß sie von den Behörden unterrichtet sein sollte, ist doch wohl ausgeschlossen. Deshalb bleiben nur zwei Möglichkeiten übrig: Erstens besteht die Hälfte der Gemeindevertreter aus Grubenbeamten nebst Anhang, zweitens sind die Beamten auch im Bürgerverein vertreten, wo die Sache vielleicht zur Sprache gekommen ist. Das Erstere ist natürlich das Wahrscheinlichste. Das mögen sich die hiesigen Einwohner bei der nächsten Gemeindevertreterwahl merken, indem sie ihre Stimme nur demjenigen geben, welcher unabhängig von jedem Unternehmen ist, und das kann nur ein Arbeitervertreter sein.

Beesedau, 4. Juni. (E. B.) Der Bund der Landwirte an der Arbeit. Vorigen Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der der Bauernbunds-Redakteur Herzog aus Bayern referierte. Die nationale Ehre und die vergangenen Reichstagswahlen mußten zu seinem Spreche herhalten. Natürlich sang er auch das hohe Lied der Getreidezölle, wodurch die Landwirtschaft geschützt werden müsse. Eine Unwahrheit ist es, wenn er behauptete, die Zölle hätten einen großen wirtschaftlichen Aufschwung im Gefolge gehabt. Dieser wirtschaftliche Aufschwung resultiert aus ganz andern Ursachen. Das traurige Fazit der hohen Zölle werden wir aber bei dem bevorstehenden wirtschaftlichen Niedergang zu verzeichnen haben. Lächerlich war auch die Behauptung des Redners, der Bauernbund treibe Mittelstandspolitik. Wie diese Mittelstandspolitik aussieht, haben wir in einer Notiz vom Bauernlegen klargelegt. Natürlich kamen die Sozialdemokraten ganz besonders schlecht weg. Bebel, Singer, Ledebour mußten herhalten, um den Beweis zu liefern, daß die Sozialdemokraten verwirrte Menschen seien. Dafür wurde aber Dr. Peters in den Himmel gehoben. Natürlich. Art läßt nicht von Art. Der erfreuliche Mandatverlust der sozialdemokratischen Partei sei auf das christliche Gefühl des deutschen Volkes zurückzuführen. Wer lacht da? Leider hatten alle Redekünste des Herrn nicht den gewünschten Erfolg. Denn von den ganzen 14 Personen, die die „Versammlung" bildeten, waren nur vier Bauern, und die ließen sich nicht für den Bund einfangen. Also ein Fischzug ohne Fische. Die Genossen Rothe und Ernst widerlegten in längeren Ausführungen die Behauptungen des Referenten, und sie besorgten das so gründlich, daß dem freiwilligen Agitator für den Reichsfügenverband plötzlich unwohl wurde. Sonderbarerweise war in dieser öffentlichen Versammlung keine Polizei zu sehen. Warum nicht?

Aus den Nachbarkreisen.

Zur Lokalfrage.

Zeitz, 6. Juni. (E. B.) Die Inhaber der Säle **Preuß. Hof, Zentralhalle, Schützenhaus, Reichshalle** und **Wilhelmshöhe** wollen die Arbeiter zu Versammlungen nicht bei sich dulden, sie verzichten also auch auf die Arbeiter als Gäste! Dagegen sind für die Arbeiter an größeren Lokalen frei: **Bürgererholung, Erholung** (Stephanstraße), **Deutscher Kaiser** und **Dianasaal-Aue.** In Rasberg ist nur **der Gasthof zum Adler für uns frei.**

Es ist Ehrenpflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, nur dort zu verkehren, wo wir auch Versammlungen abhalten können!

Kein Verkehrshindernis?

Weißenfels, 6. Juni. (E. B.) Bekanntlich findet jetzt die sogenannte Herkomer-Konkurrenz statt, ein Wettfahren der Automobile. Am Mittwoch durchjagten die Wagen unsere Stadt. Die Polizeiverwaltung hatte bekannt gemacht, daß zur Verhütung von Unglücksfällen der Verkehr in den zu passierenden Straßen zu vermeiden sei. Auch den Fußgängern wurde der gute Rat erteilt, Vorsicht zu üben. Kurz nach 1 Uhr begann dann der Rummel. Die Presse verzeichnet bisher „nur" 15 Unfälle der Autorasereet. Diese Fälle werden registriert als etwas Selbstverständliches. In der Stadt selbst kam ein Unfall von geringerer Bedeutung vor. In der Burgstraße verlor ein Führer die Gewalt über den Wagen und rannte gegen die Bordschwelle, Rad und Achse war zum Teufel. Ein Kind wurde dabei leicht verletzt. Die Polizei war eifrigst bemüht, die Bahn frei zu halten, man scheint auch der Meinung zu sein, daß der Verkehr nicht gestört worden ist.

Veranstalten die Arbeiter ein Fest und beabsichtigen sie einen Umzug, totsicher erfolgt das Verbot aus verkehrs-polizeilichen Gründen. Natürlich, zweierlei Maß ist das nicht. Daß Schaulustige genug zur Stelle waren, ist selbstverständlich. Das „bessere" Publikum hatte alle Fenster in den Restaurants besetzt. Daß sich aber Arbeiter herbeilassen und halbe Tage feiern, um zuzusehen, wie sich reiche Leute amüsieren, ist doch ein wenig zu viel. Als es am 1. Mai galt, durch Arbeitsruhe für den Achtstundentag zu demonstrieren, da waren es dieselben Arbeiter, die allerlei Einwände machten. Solche Arbeiter nimmt das Unternehmertum natürlich nicht ernst, denn von Klassenbewußtsein kann hier keine Rede sein und vor solchen Arbeitern hat man keinen Respekt.

Ist die Aufforderung zum Boykott strafbar?

Naumburg, 6. Juni. (E. B.) In Nr. 126 des Volksblattes befindet sich unter der Ueberschrift: „Ist die Aufforderung zum Boykott strafbar?" ein Artikel, in welchem die Petition des Reichsverbandes deutscher Gastwirtsverbände, welche fordert, daß jede Aufforderung zum Boykott durch Flugblätter bestraft werden solle, einer Besprechung unterzogen wird. In dem Artikel heißt es, die Petenten hätten sich auf ein Vorkommnis in Naumburg bezogen, wo die Brauerei von Hartung u. Berthold boykottiert worden sei, weil sie dem Verlangen der sozialdemokratischen Arbeiter, ihnen einen Saal zu Versammlungen zur Verfügung zu stellen, oder ihnen ein neues Lokal zu bauen, nicht nachgekommen sei. — Wenn die Petenten den Fall so dargestellt haben, so sind sie entweder falsch unterrichtet gewesen oder sie haben die Petitionskommission des Reichstages absichtlich irreführen wollen. In Wirklichkeit liegt die Sache anders. Einige Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftskartells wurden bei der Brauerei Hartung u. Berthold vorstellig um Ueberlassung eines Lokals an die organisierte Arbeiterschaft. Uns ein Lokal zu bauen, hat niemand verlangt. Die Herren Hartung gaben das Versprechen ab, das Knörrischche Lokal zu trennen und den hinteren Teil der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Damit wären sowohl die Gewerkschaften wie die Partei einverstanden gewesen. Jedoch die Herren Hartung hielten (vielleicht durch Beeinflussung hervorragender „Gönner" der Arbeiterbewegung) ihr Wort nicht und die Naumburger Arbeiterschaft beantwortete mit dem Boykott des Hartung u. Bertholdschen Bieres dieses Hinters-Licht-führen. So hat sich die Sache verhalten. Näher darauf einzugehen, liegt für uns kein Anlaß vor, da die ganze Angelegenheit längst erledigt ist. Nur die schiefe Darstellung des Reichsverbandes deutscher Gastwirtsverbände hat uns zu dieser Feststellung veranlaßt.

Der beleidigte Polizeisergeant.

Teuchern, 6. Juni. (E. B.) Die Beleidigungsaffaire des Genossen Scharfenberg wird voraussichtlich noch ein Meineidsverfahren nach sich ziehen. Genosse Scharfenberg war bekanntlich wegen Beleidigung des Polizeisergeanten Schulze zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Ein Zeuge des Scharfenberg, Genosse Voigt, hatte in der Verhandlung beschworen, daß die von Scharfenberg gebrauchten Ausdrücke sich auf ihn (B.), nicht aber auf den Polizeisergeanten bezogen hätten. Das Gericht schenkte jedoch den Angaben Schulzes mehr Glauben und kam zur Verurteilung. Nunmehr hat Schulze gegen Voigt ein Meineidsverfahren anhängig gemacht. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit wird berichtet werden.

Zeitz, 6. Juni. (E. B.) Gewerkschaftsfest. Zu dem am 21. Juli in der Bürger-Erholung stattfindenden Gewerkschaftsfest, soll wie im Vorjahre ein Kinder-Reigen aufgeführt werden. Für dieses Jahr ist ein Mädchen-Reigen geplant; wir ersuchen daher die Genossen, ihre Töchter, welche gewillt sind, den Reigen mit aufzuführen, Dienstag, den 11. Juni, abends 1/2 7 Uhr, nach dem Hof des Konsumvereins, Auestraße 16, zu schicken. In Betracht kommen nur Mädchen zwischen 12 und 14 Jahren.

Zeitz, 6. Juni. (E. B.) Die Gleichgültigkeit der Arbeiter ist ein Uebel, gegen welches immer und immer wieder angekämpft werden muß. Nicht selten gehen die durch eine Lohnbewegung errungenen Vorteile wieder verloren, weil die Arbeiter selbst nicht für ihre Aufrechterhaltung sorgen. Das ist nun auch bei der Firma Wünsch u. Pretzsch der Fall. Bei der letzten Lohnbewegung wurde hier den Korbmachern 40 Pfg. Stundenlohn zugesagt. Ebenso wurde dieser Satz für Neu-Kalkulationen garantiert. Aber in Wirklichkeit sieht es anders aus. Stundenlöhne von 20 Pfg. sind jetzt die Regel. Die Firma kann sich das leisten, denn die Korbmacher lassen sich ja alles bieten! Zwar tritt man schnell der Organisation bei, wenn eine Lohnbewegung in Aussicht steht, aber dann wird man wieder gleichgültig. Wenn man Errungenes festhalten will, dann muß der Arbeiter auch allezeit fest zu seiner Organisation stehen. Und gerade hier hapert es bei den Korbmachern der Firma. Anstatt in Zeiten der Not sich fester der Organisation anzuschließen, kehren viele derselben jetzt den Rücken. Natürlich weiß das der Fabrikant ganz genau und handelt danach. Bei dem geradezu unmännlichen Verhalten der Korbmacher kann man dem Unternehmer nicht einmal Vorwürfe machen. Die Arbeiter werden behandelt, wie sie es verdienen. Schade nur, daß unter solchen Verhältnissen auch der Gerechte mit leiden muß. Es wird immer viel geklagt, daß für die Korbmacher nichts getan würde, in Wirklichkeit sind diese zumeist selbst schuld, daß die Branche so herunter kommt. Etwas mehr Mut und es müßte ein Leichtes sein, Zustände zu schaffen, unter denen ein Arbeiter sich wenigstens ernähren kann. Jetzt müssen die Korbmacher buchstäblich hungern. Solange die Gleichgültigkeit nicht verschwindet, werden die Korbmacher niemals andere Zustände schaffen. Sorgt dafür, daß hinter euch eine Organisation steht, die leistungsfähig ist. Dann müssen auch andere Verhältnisse Platz greifen.

Zeitz, 6. Juni. (E. B.) Achtung, Metallarbeiter! Am Sonnabend abend findet eine Versammlung bei Kämpfe statt, in welcher der Bericht von der Generalversammlung in München gegeben wird. Alle Metallarbeiter müssen erscheinen.

Zeitz, 6. Juni. (E. B.) Dummheit oder Bosheit? Wie uns mitgeteilt wird, hat aus Anlaß der letzten öffentlichen Volksversammlung eine in der Auestraße 10 wohnende Frau Schneider geäußert, als aus dem Hause mehrere Männer in die Versammlung gingen: „Thiele braucht doch noch einen Haufen Groschen zur Miete." Daß Thiele von den Groschen soviel wie nichts erhält, scheint die Frau nicht zu wissen, aber immerhin ist es schlimm, wenn eine Frau sich so dumm äußert, die selbst den Tag über schwer arbeitet und wissen müßte, daß die Lage der Arbeiter nur dadurch gebessert werden kann, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen zusammenhalten. Geklagt wird allerdings viel über diese Frau, die ein Kind, daß ihr Mann aus seiner ersten Ehe mitgebracht hat, so schlecht behandelt, daß es gut wäre, wenn die Polizeibehörde sich die Sache mal näher betrachtet. Aus dieser Veranlagung heraus kann man die obige Aeußerung schon eher begreifen.

Weißenfels, 6. Juni. (E. B.) Gift statt Medizin. Der Apotheker Schneider von hier war am 21. Januar vom Landgericht Naumburg von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen worden. Am 31. März v. J. starb der Dr. Eßlinger und am 24. März der Fabrikant Thieme an Vergiftung. Sie hatten künstliches Karlsbader Salz vom Angeklagten bezogen und eingenommen. In Wirklichkeit war es Barium vitriolum gewesen, ein starkes Gift. Der Angeklagte hatte das künstliche Karlsbader Salz schon seit Jahren von der Drogenhandlung von Gebr. Norde in Leipzig bezogen, hatte aber dieses Mal, infolge einer Verwechselung, das genannte Gift erhalten. Nach der Betriebsordnung für Apotheker hatte er das Präparat zu prüfen, bevor er es in Gebrauch nahm. Zwar hat er es nicht chemisch-analysisch untersucht, wohl aber durch Prüfung des Gewichtes und des Geschmackes. Hierbei ist ihm nichts aufgefallen, namentlich auch, da beide Stoffe das gleiche Aussehen haben. Eine chemische Untersuchung würde 2—3 Stunden in Anspruch genommen haben. Nach Ansicht der Sachverständigen hat der Angeklagte, indem er sich auf die flüchtige Untersuchung beschränkte, nicht fahrlässig gehandelt. Er wußte, heißt es im Urteil, daß die Waren bei Gebr. Norde stets von einem geprüften Apotheker untersucht werden, und durfte annehmen, daß dort Vorkehrungen getroffen seien, um Verwechselungen vorzubeugen. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das freisprechende Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Nordhausen. Der Angeklagte hätte sich nicht, so wurde ausgeführt, mit der oberflächlichen Prüfung begnügen dürfen, sondern nach der Betriebsordnung die chemische Prüfung vornehmen müssen, um so mehr, da er wußte, daß die Leipziger Firma auch Giftstoffe herstellt und daß schon früher einmal dort ein Versehen vorgekommen war. Es konnte deshalb nicht angenommen werden, daß der Angeklagte nicht fahrlässig gehandelt hat.

Osterfeld, 6. Juni. (E. B.) Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an schulpflichtigen Mädchen, wurde gestern der Maurer Dillmann verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt. Wie verlautet, sollen die am Sonntag begangenen Verbrechen nicht die ersten des D. sein. Dittmann, der verheiratet ist, hat bereits wegen Mordes 20 Jahre Zuchthaus verbüßt. Er hatte damals seine Geliebte erdrosselt und ins Wasser geworfen.

Crossen, 6. Juni. (E. B.) Automobilunglück. Am Mittwoch nachmittag, ist bei Ahlendorf an der Scheidenthalbrücke ein Leutnant aus Berlin, der sich auf der Hochzeitsreise befand, mit seinem Automobil gegen die Brücke gerannt, deren Einfassung auf einer Seite ganz in den Graben gedrückt wurde. Der Leutnant, sein Freund der Chauffeur stürzten aus dem Wagen und zogen sich mehrfache Verletzungen zu. Die Verunglückten wurden nach Crossen geschafft.

Ein Gemütsmensch.

Sangerhausen, 6. Juni. (E. B.) „Geld stinkt nicht", lautet die Parole aller Fabrikanten und der Hersteller des sogenannten „Freiheitsblümchens" macht davon keine Ausnahme. Der Herr benutzt bekanntlich als Schutzmarke ein Bildnis unseres unvergeßlichen Vorkämpfers Lassalle. Schon früher haben wir diese Reklame gebührend kritisiert und die Kritik hat gesessen! Aber trotzdem benutzt der Fabrikant das Bild weiter als Reklame. Wir wollen deshalb einmal zeigen, weß' Geistes Kind der Fabrikant eigentlich ist. Vor kurzem fuhr einer unserer Genossen die Strecke von Nordhausen nach hier. Neben ihm saß ein wohlgenährter Herr, der sich an Brötchen und Schinken gütlich tat. Bald entwickelte sich zwischen den beiden ein Gespräch über Zeitungen, und der Wohlgenährte sagte seine Meinung gründlich. „Sehen Sie mal", so hub er an, „da habe ich mir in Ellrich bei einem Schlachter Schinken gekauft. Den hat mir der Mann in die Leipziger Volkszeitung gewickelt. **Das ist auch so ein Schandblatt! Aber, man muß in diesen Zeitungen inserieren, damit das Zeug, was ich herstelle, gesoffen wird!**" Auf die Frage unseres Genossen, was der Herr denn herstelle, bekannte er sich als Fabrikant des „Freiheitsblümchens!" Man braucht wohl nichts weiter hinzufügen. An der Arbeiterschaft liegt es, die Geschäftspraktiken dieser Herren zu beachten, wie sie es verdienen.

Voigtstedt, 6. Juni. (E. B.) Ein wahres Eldorado scheint das hiesige Tonwerk zu sein. Am Sonnabend verließen es drei Arbeiter, welche eben erst aus dem fernen Osten herbei geholt waren und für die schwere Arbeit 30 Pfg. Stundenlohn angeboten bekamen. Auch heute wieder schüttelten mehrere Arbeiter den Staub Voigtstedts von den Pantoffeln. Wenn die Verhältnisse im Werke erträgliche wären, würde es genug Arbeiter aus Voigtstedt selbst haben, sodaß dieselben nicht eine und mehrere Stationen weit nach Arbeit fahren müßten.

Agrarische Kinderausbeutung.

Eisleben, 6. Juni. (E. B.) Der Kapitalismus sucht seine Opfer überall. Er schont nicht Weib und Kind. Der Mann arbeitet nicht mehr billig genug, er fügt sich nicht mehr so willig dem aufgelegten Joch. Die Frau, das Kind müssen jetzt heran, um den Besitzenden neue und vermehrte Profite zu schaffen. Nicht nur die Industrie sucht billige und willfährige Arbeitskräfte, auch unsere Agrarier verstehen das Geschäft. Den „Notleidenden" wird ja auch die Ausbeutung der Kinder ganz besonders leicht gemacht. Selbst die Schulen haben sich ja den Wünschen der Herren zu fügen. Leider haben die Agrarier das Heft in Händen und sie nutzen ihre Macht zu ihrem Vorteil, zum Schaden der Allgemeinheit, gehörig aus. So ist es auch im Arendtlande, in Mansfeld, dessen Ehrenschild bekanntlich rein sein soll. Und die Eltern der Kinder? Viele können es kaum erwarten, daß ihre Kinder hinausziehen, um dem profithungrigen Agrarier Mehrwerte zu schaffen. Mit Brot und Kleidern versehen, erwartet man die Kinder beim Schulschluß vor dem Schulhause, damit dieselben ja noch rechtzeitig zur Arbeit kommen. Täglich stehen mehrere Wagen vor dem Schulgebäude, um die Kinder — oft kundenweit — auf die Arbeitsplätze zu befördern. Und was erhalten die Kinder für die Nachmittagsarbeit? 20, 30, höchstens einmal 40 Pfg.! Der Stiftspächter in Eisleben zahlt 20, der reiche Mann in Wormsleben 30 Pfg. Dafür kommen aber Sonnabends die Kinder erst nach 10 Uhr abends zu Hause wieder an. Die geringe Bezahlung wird ergänzt durch die Behandlung. Als Lockmittel verspricht man ihnen Kaffee und Kuchen, jedoch Prügel erhalten sie. Verlassen die Kinder aus irgend einem Grunde die Arbeit, dann gibt's, auch nach mehrstündigem Schuften, kein Geld, höchstens droht man mit Hieben. Sind doch vor wenigen Wochen auf der Domäne Langenbogen sogar erwachsene Arbeiter (allerdings „nur" Polen) verhauen worden, weil sie pro Tag fünf Pfennig mehr verlangten! Jedenfalls glaubt der junge „Herr", er müsse später ins Armenhaus, wenn er diese „unerhörte Forderung" bewilligt. Wer seine Arbeitskraft anderswo verkaufen kann, sollte dies tun, ganz besonders aber müßten die Eltern ihre Kinder von der Arbeit bei „Notleidenden" zurückhalten. Die vielberedete „Leutenot" würde sofort verschwinden, wenn die Agrarier die Arbeiter ordentlich bezahlten und menschlich behandeln würden. Aber heutzutage betrachtet man den Arbeiter nur als Tier, welches man ausbeutet, so lange es geht. Doch auch für diese Arbeitstiere wird einmal eine andere Zeit kommen und dann wird es mit der Herrschaft des Kapitalismus vorbei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190706 08-10/fragment/page=0006

sein. Langsam lernen auch die Landarbeiter ihre Lage begreifen, langsam — aber sicher!

Höhnstedt, 6. Juni. (E. B.) **Kurze Freude.** Wie wir vor kurzem mitteilten, hatte der Fleischermeister Menicke, getrieben durch die Konkurrenz der Hausschlachter, auch seine Fleischereise herabgesetzt. Jedoch am folgenden Tage waren die Preise wieder die alten und verschiedene Käufer sah man mit langen Gesichtern vom Fleischer zurückkommen. Nun, das war von vielen erwartet worden, aber der Fleischermeister scheint nicht zu wissen, daß die durch den Amtsdiener ausgeklingelten Preise 13 Tage lang gültig sind. Man hat also den Arbeitern die Fleischtöpfe wieder höher gehängt.

Wittenberg, 6. Juni. (E. B.) **Eine männliche Leiche** ist von Schiffern aus Kl.-Wittenberg am Bleesernschen Damm gefunden worden. Der Tote ist noch nicht rekognosziert, ungefähr 30 Jahre alt, hat schwarzes Haar und war bekleidet mit schwarzem Jackettanzug.

— **Der aus dem Zuge gestürzte Pole**, welcher, wie wir schon meldeten, unweit unserer Station gefunden wurde, ist im Krankenhause gestorben. Der Bedauerswerte hat die Besinnung nicht wiedererlangt.

— **Am Arm verbrannt** hat sich in der Tischlerwerkstatt von Nietschke der Lehrling Laubig. Der Betreffende hatte beim Hantieren mit Petroleum den Aermel begossen, wodurch, als er sich dem Ofen näherte, das Unglück verursacht wurde.

— **Der Schuhmachermeister Bannier** hat eine Ersatzkraft an Stelle seiner fünf alten Gehilfen gefunden. Diese selbst sind von Wittenberg abgereist und verzichten für künftig auf die Bannierschen Liebenswürdigkeiten.

— **Für die Konsumvereins-Mitglieder** gibt der Fleischermeister **Klebing** in der sogen. Steinbrücke (zwischen Schloß- und Coswigerstraße) auf sämtliche Fleisch- und Wurstwaren Marken zu 5 Proz. Die Mitglieder werden sich diesen Vorteil reichlich zu Nutze machen.

Bockwitz, 6. Juni. (E. B.) **Grund- und Bodenwucher am Kircheneigentum.** Wie Feld und Fluren in der Umgegend nach und nach dem Bagger verfallen, so wird auch das reiche Ländereibesitztum der hiesigen Kirche bald den Braunkohlengruben zum Opfer gebracht. Die Pfarrfelder und Heidepläne sollen verkauft werden. Bereits früher wurden sie der Müllgrube zum Kaufe angeboten, doch hielt diese sich zurück. Nun bot eine Senftenberg-Gesellschaft, die den hiesigen Gruben bei der Grunderwerbung schon oft in die Suppe gepuckt hat, für das bloße Abbaurecht auf den Pfarrfeldern ebenfalls eine große Summe. Dadurch steigert sich der Wert um über 10000 Mark. Das soll nun wieder von dritter Seite hintertrieben werden und man möchte gern die Felder der Müllgrube zuschanzen. Als Naturfreunde bedauern wir die Vernichtung der schönen Wald- und Feldanlagen. Aber die wirtschaftliche Entwickelung läßt sich nun einmal nicht aufhalten. Dieser „Umsturz" des Bestehenden muß auch von der Kirche mitgemacht werden. Der Kampf um das geheiligte Kircheneigentum zwischen zwei Kapitalistencliquen könnte uns — soweit dabei nicht die Interessen unserer Gemeinde verletzt werden — auch so ziemlich unberührt lassen und schnuppe sein. Man sieht aber, auch die Kirche macht gern ein Geschäft.

Jedenfalls wäre es aber sehr zu wünschen, daß einmal in unserer Gegend den Besitzern der Müll- und Emanuelgrube durch eine andere Gesellschaft Konkurrenz geboten würde, da dies zweifellos zur Hebung der gedrückten Lage der vielen hiesigen Berg- und Brikettfabrikarbeiter beitrüge. Die brutale Ausübung des Herrenrechts der Grubenverwaltungen den Gemeinden und ihren Arbeitern gegenüber, würde bald durch ein Konkurrenzunternehmen ein Riegel vorgeschoben. Von dem Gesichtspunkte aus wäre es nur zu wünschen, wenn die Senftenberg-Gesellschaft den Grund erwerben würde, um so mehr, als diese nicht den Grund sondern nur das Abbaurecht kaufen will.

Elsterwerda, 7. Juni. (E. B.) **Der Sozialdemokratische Verein** hält morgen (Sonnabend), abends 8½ Uhr seine Mitglieder-Versammlung ab. Jedes Mitglied soll erscheinen.

Klitzschmar, 6. Juni. **Ueberfahren.** Ein polnischer Arbeiter, der von Markranna nach Halle wollte, benutzte als Weg den Eisenbahndamm. Trotz aller Warnungen ließ er von seinem Vorhaben nicht ab. Gestern morgen fand man ihn urweit des hiesigen Bahnhofes tot zwischen den Geleisen auf. Er ist wahrscheinlich vom Halleschen Schnellzug überfahren worden.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 6. Juni.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Reuter; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Comte.

Ein schwerer Einbruch fand in der Nacht zum 6. April in der hiesigen Färberei von Otto Giesert auf dem Kaulenberg statt, durch den eine ganze Menge Sachen im Gesamtwert von 358 Mark abhanden kamen. Wir haben über den Fall seinerzeit berichtet. Einer der Einbrecher, der neunzehnjährige Fürsorgezögling Hermann Reiche, der im April vorigen Jahres aus der Fürsorge-Erziehungsanstalt in Zeitz ausgebrochen war und sich seitdem unstet umhergetrieben hat, wurde von der Strafkammer bereits in der Sitzung vom 30. Mai wegen des Diebstahls in der Giesertschen Färberei sowie wegen mehrerer Fahrrad-Diebstähle zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dagegen erlangte sein Mitangeklagter **Max Küpp**, der im Gegensatz zu dem geständigen Reiche ganz energisch bestritt, Verlagung der Verhandlung behufs weiterer Beweiserhebung. Küpp ist wegen Eigentumsvergehens schon mehrfach mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestraft. In dem Prozeß gegen den Muttermörder Wippert erregte er als Zeuge Sensation, weil er zugab, zu Wippert geäußert zu haben: „Es tut mir leid, ich habe ja die Frau selber ermordet." Er hat aber am Tage der Mordtat im hiesigen Gerichtsgefängnis sicher hinter Schloß und Riegel gesessen. Die seltsame Aeußerung zu Wippert will er deshalb getan haben, weil er wegen des Einbruchsdiebstahls in der Giesertschen Färberei unschuldig in Untersuchungshaft genommen worden sei und sich daher in seiner Verzweiflung gesagt habe: „Nun können sie dich auch gleich unschuldig köpfen!" Auch in der heutigen Verhandlung stellte er sich wieder ganz verzweifelt und bedauerte wiederholt unter lautem Weinen, an dem Einbruch in der Färberei nicht beteiligt gewesen zu sein. Er habe sich in jener Nacht mit einem Mädchen in ein Gebüsch auf der Alten Promenade geschlichen und dort einen der in der Färberei gestohlenen Anzüge gefunden und angezogen, ohne um dessen Herkunft etwas zu wissen. Hermann Reiche gibt zu, daß sein Gehilfe bei dem Einbruch „Küpp" geheißen habe; sein Aussehen sei aber ein anderes gewesen als das des mit ihm auf der Anklagebank sitzenden Küpp. Ein Arbeiter versicherte, in jener Nacht mit Max Küpp in verschiedenen Restaurants gewesen zu sein; sie seien dann über die Alte Promenade gegangen, wo Küpp sich auf eine Viertelstunde von ihm getrennt habe. In der Ulrichstraße seien sie dann wieder zusammengetroffen, Küpp in einem andern Anzuge, den er über den feinigen gezogen und als gefunden bezeichnet habe. Das Gericht vereidigte aber diesen Zeugen nicht, weil er selbst der Teilnahme an dem Diebstahl verdächtig erscheine. Außer Hermann Reiche war auch noch sein Bruder, der vorbestrafte 23jährige Arbeiter Karl Reiche, mit angeklagt, der einen aus dem Diebstahl herrührenden Frauenrock an einen hiesigen Händler verkauft hat. Er wurde wegen Hehlerei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Küpp, dessen Mitschuld dem Gericht nicht zweifelhaft schien, wurde auf zwei Jahre sechs Monate Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust erkannt.

Einfacher Bankrott. Ein Schuhwaren-Fabrikant von hier, über dessen Vermögen am 11. Januar d. J. der Konkurs eröffnet worden ist, war angeklagt, die Jahresbilanz nicht innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist gezogen zu haben. Die Bilanzziehung war in drei Fällen um mehrere Monate zu spät vorgenommen worden. Der Angeklagte entschuldigte die Verspätung teils mit Krankheit, teils mit Arbeits-Ueberbürdung. Er beschäftigte jährlich 140 bis 160 Arbeiter und hatte einen Jahresumsatz von etwa einer halben Million. Im Bureau waren vier Angestellte tätig. Die letzte Jahresbilanz schloß mit einer Unterbilanz von 77000 Mark. Die Konkursmasse wird 12 bis 15 Prozent ergeben. Die Bücher waren im übrigen durchaus sorgfältig und exakt geführt. Es lag nach Ansicht des Gerichts nur ein formales Delikt vor. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 20 Mark; der Gerichtshof erkannte aber auf 30 Mark, da trotz der gegebenen Entschuldigungsgründe die vorgeschriebene Jahresbilanz stets rechtzeitig gezogen werden müsse.

Erfolgreiche Berufung. Ein Restaurateur, früher hier, jetzt in Flensburg, hatte im vorigen Jahre für seine hiesige Schankwirtschaft einen Büfettier engagiert, von dem er sich 200 Mark Kaution zahlen ließ. Er stellte den jungen Mann dann aber nicht als Büfettier sondern als Geschäftsführer an, ohne ihm die Kaution zurückzuzahlen. Vielmehr verbrauchte er die Summe für sich selbst und erstattete erst später 100 Mark zurück. Vom hiesigen Schöffengericht hatte er infolgedessen wegen Unterschlagung eine Gefängnisstrafe von einem Monat erhalten. Auf eingelegte Berufung hob jedoch die Strafkammer das Schöffengerichts-Urteil auf und sprach ihn frei. Es sei bei so kleinen Kautionssummen, die nur als depositum irregulare anzusehen seien, Brauch, daß sie von den Kautions-Empfängern mit verwendet würden. Es genüge dann, wenn sie die Kaution zurückzahlten. Dazu habe der Angeklagte den Anfang gemacht; eine rechtswidrige Absicht beim Verbrauch der Kautionssummen sei ihm daher nicht zur Last zu legen.

Hinter verschlossenen Türen wurde gegen einen hiesigen Kaufmann verhandelt, der Pariser Gummiartikel vertreibt. Der Herr hatte einem Theologen, der etwas sehr fromm zu sein scheint, einen Preiskurant, Zitten usw. zugesandt und der Empfänger hatte „ein Aergernis" daran genommen. Der Kaufmann wurde nach § 184 des Strafgesetzbuchs zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt.

Schöffengericht.

Der Lehrerbeleidigung sollte sich ein früherer Drechsler, jetziger Kassierer, von hier schuldig gemacht haben. Der Mann hatte am 22. Oktober d. J. vor der Volksschule an der Taubenstraße Einladungszettel zu einer Kinder-Vorstellung im Walhallatheater verbreitet. Als die Schulkinder durch das Drauflosstürzen auf den Zettelverteiler in Gefahr gerieten und einige Lehrer einschritten, meinte der Angeklagte, die Lehrer sollten ihm dem Buckel herunterrutschen. Dann bot er dem einen Lehrer einen Zehner an, für den er lieber einen Schnitt Bier trinken als sich um die Kinder kümmern sollte. Der Angeklagte erklärte, er habe seine Worte nicht so bös gemeint. Beantragt wurden 60 Mark; erkannt wurde auf zehn Mark Geldstrafe.

Wegen Diebstahls und Kontraktbruchs wurde ein russisch-polnischer Arbeiter zu drei Tagen Gefängnis und einen Tag Haft verurteilt. Der Mann hatte bei einem Gutsbesitzer in Nadewell ohne Kündigung den Dienst verlassen und einem mit ihm beschäftigt gewesenen Landarbeiter eine Uhr und ein Beinkleid weggenommen. Die Sachen wurden dem Täter aber, als er auf dem Bahnhof verschwinden wollte, wieder abgenommen. Die Strafe wurde durch die erlittene Haft als verbüßt erklärt.

Nicht ganz richtig zu sein scheint ein schon bejahrter Güteragent von hier, der wegen gröblicher Beleidigungen angeklagt war. Der Mann hatte am 26. Mai an das Landgericht einen Brief geschrieben, in dem er einem hiesigen Justizrat Betrug und Meineid vorwarf und behauptete, der Herr stehe seit 1900 wegen sechsfacher strafbarer Handlungen unter Anklage. Der Staatsanwalt wisse Bescheid. Als dem Angeklagten dann vorgehalten wurde, wie er seine Behauptungen beweisen wolle, meinte er, er habe seine richtigen Akten nicht mit. Es wurde ihm eine halbe Stunde Frist zur Herbeischaffung seiner richtigen Papiere gegeben. Nach etwa einer Stunde kam der Angeklagte mit den „richtigen Akten" an. Es konnte nur „festgestellt" werden, daß er kürzlich eine Anzeige gegen den Justizrat erstattet hatte. Eine von der Staatsanwaltschaft in überflüssiger Weise erbetene Auskunft ergab, daß von der „sechsfachen Anklage" seit 1900 nichts bekannt sei. Der Angeklagte wurde mit Rücksicht auf die gemeinen Beleidigungen antragsgemäß zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er will die Sache dem Kaiser unterbreiten.

Gemeindezeitung.

Weißenfels. **Die Stadtverordnetensitzung** am 29. Mai bot den Genuß eines Vortrages über die Bedeutung unserer Kolonien. Ein Magistratsantrag verlangte, die Uebernahme der Mitgliedschaft des Kolonialwirtschaftlichen Komitees auf unbestimmte Zeit auszusprechen und einen Jahresbeitrag von 50 Mk. zu bewilligen. Referent Stadtv. Nolle versiteg sich bei Begründung dieses Antrages zu einem längeren Vortrage. Er sprach über Baumwolle und deren Kultur, wieviel produziert wird, und warf nur so mit den Millionen herum, bis eine Stimme seufzte: „Was sind unsere 50 Mk. dagegen." Einem Antrage, die Mitgliedschaft nur auf drei Jahre auszusprechen, um recht bald wieder in den Genuß eines solchen Vortrages zu kommen, wurde zugestimmt. Die Neueinrichtung einer Elementarklasse verlangen die Rektoren der Volksschulen. In der Diskussion darüber stellte sich heraus, daß die Zustände in der Volksschule nicht die rosigsten sind. Rektor Sperling begründete das Gesuch und bittet um Annahme desselben. In diesem Jahre seien 445 konfirmiert (?), dagegen 640 neu aufgenommen, also mehr 195. In den untersten fünf Klassen werden 351 Kinder unterrichtet (zwei Klassen 66, eine Klasse 71, eine Klasse 73, eine Klasse 75), das sei für einen Lehrer zuviel, da es sich um die kleinsten handelt, die noch nicht einmal wissen, was rechts und links ist. Andere Städte haben die Maximalzahl auf 50 und 60 festgesetzt. Bei der Ausstellung von Schülerarbeiten habe einer der Herren gesagt: „Was, das haben Kinder der Hohestraße gezeichnet?" Unsere Schulen leisten was (?), sie müssen aber noch mehr leisten. Die Kommission beantragte Ablehnung. In Tagewerben werden sogar ein Lehrer mit **100 Kindern** fertig, so führte ein Redner aus. Der Vorsteher wandte sich lebhaft gegen die Bewilligung. Stadtv. Schulz meint, die Bewilligung sei nötig, wir können uns alle noch erinnern, wie wir in die Schule gingen, 70 Kinder in einer Klasse sei zuviel, da müßten die Kinder verwahrlosen, wie es uns gegangen ist. Der Not gehorchend bewilligten die liberalen Herren die Forderung. 1145 Mk. Gehalt für den Lehrer und 800 Mark für Einrichtung der Klasse. Für die Oberrealschule wurden wiederum acht Bänke gefordert. Ohne nennenswerte Diskussion wurden die dazu nötigen 360 Mk. bewilligt. Bewilligt wurden noch zehn Mark für den Hilfsverein für Taubstumme in der Provinz Sachsen und für Errichtung eines Torfstalles auf dem Hofe des Rathauses 1900 Mk. Der Bardeputation wurden die vom Verschönerungsverein zurückerstatteten 1400 Mark bewilligt. Genehmigt wurde ein Ortsstatut betreffend die Erhebung von Beiträgen bei straßenbaulichen Veranstaltungen. Für Senkung des Planums der Langendorferstraße längs der Obermühle wurden 1860 Mark bewilligt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Barbierfachschule auf die Fortbildungsschule zu übernehmen. Der Magistrat beantragte, die Entschädigung der Lehrer an der Fortbildungsschule von 2.25 Mark auf 2.40 Mark zu erhöhen. Weil früher infolge ihrer Stellungnahme in Fragen der Lehrerbesoldung einige Stadtverordnete wirtschaftlich (!) benachteiligt worden sind, wollte der Vorsteher per Stimmzettel abstimmen lassen. Der Oberbürgermeister Wadehn wandte sich dagegen, worauf der Vorsteher die Versammlung für beschlußunfähig erklärte. (4. 6.) L.

Pistorius. In der Gemeindevertreter-Sitzung am 25. Mai wurde die Gemeinderechnung für 1906 gegeben. Die Einnahme betrug 20454.60 Mk., die Ausgabe 16914.90 Mk. Es bleibt also ein Bestand von 3539.70 Mk. Die Entlastung wurde erteilt. Die Fortbildungsschule soll am 1. Oktober, unter Vorbehaltung der Genehmigung des Staatszuschusses, eröffnet werden. Die Angelegenheit Armenhaus betreffend, wurde vertagt. Die Lieferung von zirka 450 Zentner Kohlen für die Schule, wurde dem Mindestfordernden, Firma Fischer-Wittenberg, übertragen. Der Preis beträgt 71 Pfg. pro Zentner. Für den Steuererheber wird ein Geldschrank angeschafft. Bewilligt wurden die Kosten der Telephonverbindung des Ortsvorstehers. (5. 6.) G. S.

Aus dem Reiche.

Berlin. **Raubanfall auf eine Arbeiterin.** Das Waschmädchen Ida Maschke hatte in einer Wäscherei am Hansaplatz bis tief in die Nacht hinein gearbeitet und gegen ½2 Uhr den Heimweg angetreten. Nach ihren Behauptungen traten am Schleswiger Ufer plötzlich zwei unbekannte Männer auf sie zu, und während sie der eine fest umschlungen hielt, raubte ihr der andere die Taschen aus. Als sie sich zur Wehr setzen wollte, wurde sie von den beiden Räubern emporgehoben und in die Spree hinabgeworfen. Auf ihre Hilferufe eilten mehrere Passanten hinzu und retteten sie mit Hilfe des Rettungskahnes.

Aachen. **Eisenbahnunglück.** Infolge Lostrennung eines Teiles des von Brand nach Noteerde fahrenden Güterzuges fuhren mehrere Wagen infolge des starken Gefälles auf den vorderen Zugteil. Der Hilfsbremser Zennis wurde getötet, ein anderer Bremser schwer verletzt. Sechs Wagen sind total zertrümmert.

Köln. **Drei Obdachlose** nächtigten bei Wiesdorf in einer auf freiem Felde stehenden Holzbaracke. Aus unbekannter Ursache geriet die Baracke in Brand, wobei ein Obdachloser verbrannte und die beiden anderen schwere Brandwunden erlitten.

— **Eine Feuersbrunst** äscherte in Oberkassel elf Häuser ein, wodurch 15 Familien obdachlos wurden. Einem Weingutsbesitzer wurden 28000 Liter Wein vernichtet. Eine 73jährige Frau erlitt aus Schreck einen Schlaganfall und starb.

Vermischtes.

Bauunglück. In Londerzell wurde an einem Neubau eine Belastungsprobe vorgenommen; dabei stürzte eine Decke ein und begrub acht Arbeiter unter sich. Nach angestrengten Bemühungen ist es gelungen, drei Arbeiter aus den Trümmern hervorzuholen. Einer war bereits tot, die beiden anderen sind schwer verletzt. Man vermutet, daß auch die fünf übrigen bereits tot sind.

Versammlungsberichte.

Sozialdemokratischer Verein Delitzsch. In der letzten Versammlung am 27. Mai wurde beschlossen, die Versammlungen versuchsweise auf den letzten Sonntag im Monat zu verlegen, damit auch den Frauen Gelegenheit geben ist, die Versammlungen zu besuchen. Sodann wurde über die Jugendfrage diskutiert. Hierbei wurde auch die bereits veröffentlichte Angelegenheit des Turnvereins erörtert. Beschlossen wurde, eine zweite Versammlung abzuhalten und dazu den Genossen Dümmig-Halle als Referenten kommen zu lassen. Bedauert wurde, daß viele ältere Genossen noch der Deutschen Turnerschaft angehören. Ob die es jetzt wohl noch mit ihrer Ehre als Arbeiter vereinbaren können, dem Turnverein anzugehören? Volksblattabonnenten sind hier jetzt 305 vorhanden, politisch organisierte Arbeiter 243. Die nächste Versammlung findet am 30. Juni statt. (31. 5.)

Maurer, Zeitz. Eine schwach besuchte Mitgliederversammlung fand am 18. Mai statt. Die Abrechnung vom ersten Quartal wurde genehmigt. Kollege Panzer erstattete den Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission. Den Kartellbericht gab Kollege Seifert. Unter Verschiedenem wurde die schwache Beteiligung an der Maifeier scharf gerügt. Nur 50 Kollegen (von 300 organisierten!) hätten sich daran beteiligt. Selbst einige Vorstandsmitglieder haben gebremst, ein Beweis, daß sie die Bedeutung des 1. Mai noch nicht erkannt haben. Mitgeteilt wurde noch, daß die Unternehmer Gröber und Schneider einen Kollegen gemaßregelt hatten, die Maßregelung wurde infolge Einmütigkeit der Kollegen zurückgenommen (1. 6.) O. H.

Sozialdemokratischer Verein Kretzschau. Die Versammlung am Sonntag, den 26. Mai war schwach besucht. Der Vortrag mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Referent nicht erschienen war. Genosse Leune berichtete von der Gemeindevertreter-Sitzung über die Einführung des elektrischen Lichtes in der Gemeinde. Es entspann sich darüber eine kurze Debatte. Ferner wurde beschlossen, zum fünfjährigen Bestehen der Zahlstelle ein Fest abzuhalten. Die Vorarbeiten wurden einer Kommission übertragen. Im Verschiedenen wurden interne Angelegenheiten geregelt. (31. 5.) L.

Letzte Nachrichten.

Budapest, 7. Juni. Am frühen Morgen begannen sich gestern die Bürgersteige mit Menschen zu füllen, die, um den Kaiser zu empfangen, kamen. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen, es waren etwa 150000 Menschen auf den Beinen. Als der Wagen erschien, ertönten brausende Rufe: „Es lebe das allgemeine Wahlrecht! Es lebe der Volkskönig!" Als der Wagen des in ungarische Gala gekleideten Oberbürgermeisters erschien, erschollen stürmische Zahmrufe: „Abzug Schurke! Abzug Wekerle! Abzug Kossuth! Abzug Andrassy! Abzug Apponyi!" Nachdem die Hofwagen verschwunden waren, zerstreute sich die Menge in voller Ordnung unter Absingung der Marseillaise. Vor dem Klubklak der Kossuthpartei kam es zu großen Kundgebungen und Bombardement der Polizei und des Gebäudes. Erst nach einer mehrmaligen Reiterattacke wurden die Massen zerstreut. Viele Personen wurden verwundet und verhaftet.

London, 7. Juni. Die Missionsstation Kaigsten im Innern der chinesischen Provinz Szeckuan wurde zerstört, der deutsche Missionar Wupperfeldt ist mit seiner Familie in Sicherheit.

Revolution in Rußland.

Petersburg, 7. Juni. Während die Minister das Für und Wider einer Dumaauflösung erwägen, finden in dieser selbst unter den Mitgliedern der Polen, Kadetten, der Gemäßigten und der Rechten Verhandlungen statt, welche von großer Bedeutung für den Fortbestand der Reichsduma sind; sie betreffen eine Mäßigung (!) des Programms, besonders in der Agrarfrage, der Amnestiefrage und der Aufhebung der Todesstrafe.

Warschau, 7. Juni. In Lodz wurden auf der Straße der Direktor der Gerberei von Karsch-Ameler, sowie der Direktor der Spinnerei der Pommerschen Fabriken Reiß von Tarno-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0007

risien erschossen. Reiß ist französischer, Arneker deutscher Staatsangehöriger.

— Im Dorfe Miednicwice raubten gestern Banditen aus der Kirche des früheren Klosters das berühmte Bild der Mutter Gottes von 1673. Die Räuber entführten des weiteren noch Wertsachen und Juwelen im Werte von 300 000 Rubel.

Briefkasten der Redaktion.

M. St. in Z. Gesell ist nicht Bahnstation sondern liegt fünf Kilometer von der Station Göttengrün, Strecke Schönberg-Hirschberg, entfernt. Sie gelangen dorthin über Gera, Wünschendorf, Mehltheuer, Schönberg. Die Fahrt kostet vierter Klasse etwa 2.20 Mk. Anpassen, daß die Anschlüsse gut passen. — Wir erklären nochmals, daß die Redaktion nicht verpflichtet ist, den Abonnenten die Reisetouren zu entwerfen.

W. G. in Fr. Bei Dresden sind im Plauenschen Grund die großen Steinkohlenbergwerke von Hänichen usw.

M. G. Streng genommen müßten die Beiträge für die gewerkschaftliche Organisation allerdings vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden können, denn sie dienen nach § 9, 1 „zur Sicherung und Erhaltung des Einkommens". Allein in § 9, 6 sind ausdrücklich nur für abzugsfähig erklärt worden die Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, ferner die Leistungen für Witwen-, Waisen- und Pensionskasse. Man würde die Gewerkschaftsbeiträge nicht zu den Ausgaben zur Sicherung und Erhaltung des Einkommens rechnen. Ein Urteil von 1904 bringt das ausdrücklich zur Geltung.

E. H. in B. Sprechen Sie zunächst mit dem Vormundschaftsrichter. Die Mutter ist nicht zahlungspflichtig, da haben Sie ganz Recht. Teilen Sie dem Notar mit, daß Sie ans Regiment schreiben würden, wenn er sich nicht erklärt. Die Löhnung kann nicht gepfändet werden, nur betreffs der Nebenbezüge ist das zulässig.

H. St., Stolberg. Beim Gewerbegericht. Besteht ein solches nicht, dann beim Amtsgericht.

Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Parteigenossen!

Unser **diesjähriges Parteifest** findet am **Sonntag, den 23. Juni,** in **Teuchern** im **Grünen Baum** statt.

Nachmittags von 3 Uhr ab

Großes Gesangs- und Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung der Arbeiter-Gesangvereine des Wahlkreises.

Festrede gehalten vom Genossen **Ad. Thiele.**

Abends von 8 Uhr ab **Kränzchen.**

Alle Mitglieder unseres Vereins werden auf das Parteifest aufmerksam gemacht, alle sollen es mit verherrlichen. Einführung von Gästen findet nur durch Karten statt.

Alle Arbeiter-Organisationen werden ersucht, an diesem Tage keine Veranstaltungen zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Zeitz, im Juni 1907. **Der Zentralvorstand.** J. A.: A. Leopoldt.

Lokalliste für den Wahlkreis Torgau-Liebenwerda.

Folgende Lokale stehen im Kreise den Parteigenossen zur Verfügung:

Mühlberg	Preußischer Hof.
Fichtenberg b. Mühlberg	Gasthof zur Fichte.
Torgau	Gasthof der Frau Klemm.
	Gasthof zum deutschen Kaiser.
Kobersheim	Gasthof des Herrn Bärtz.
Annaburg	Gesellschaftshaus des Herrn Beck.
Elsterwerda	Gasthof zum Kronprinz.
Prösen	Gasthof zur Kaiserkrone.
Diehla	Gasthof zum deutschen Kaiser.
Bockwitz	Gasthof des Herrn Geiger.
Dollsheida	Gasthaus zu Bärhaus i. Schiefers
Ortrand	Gasthof des Herrn Hugo Schöne.

Wir ersuchen alle Parteigenossen, nur vorstehende Lokale bei Vergnügen, Ausflügen usw. zu besuchen. Alle anderen Lokale stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung, deshalb muß es Pflicht eines jeden denkenden Arbeiters sein, nur diejenigen Lokale zu unterstützen, wo wir unsere Versammlungen abhalten können. Das ist besonders bei den jetzt stattfindenden Ausflügen zu beherzigen. Erst dann ist es möglich, daß uns auch in unserem Wahlkreise mehr Lokale zur Verfügung gestellt werden.

Alle Ergänzungen und Aenderungen sind sofort dem Zentralvorstand zu melden.

Mühlberg, im Juni 1907. **Der Zentralvorstand.**

Quittung.

Osterfeld. Für Parteizwecke gingen ein: Von drei Stillen, die sich's nicht merken lassen, je 1.— Mark, von Sch. 50 Pfg., ein Beitrag zur Strafe von Ungenannt 50 Pfg., Liste Nr. 681 3.30 Mk., extra 25 Pfg., für Maimarken 11.25 Mark.

W. Drößelsjahr.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopoldt in Halle.

Auskunftsstelle der Gewerkschaften zu Zeitz.

Die Auskunftsstelle in allen gewerblichen und gewerkschaftlichen Angelegenheiten über Alters-, Invaliden- und Unfallversicherung, Mietsfragen, Dienstboten-Angelegenheiten usw. befindet sich in der Bismarckstraße 14 I und ist geöffnet Montags, Mittwochs und Freitags von 5—7 Uhr nachmittags.

Gelegenheitskauf.

Reizende Farben und Ia. Qualitäten in

Wiener Original-Krawatten,

sonst 3.25 Mk., jetzt 1.90 Mk., auch andere hübsche Muster von 50 Pf. an.

Regenschirme in guten Stoffen, von 2.50 Mk. an.

Reizende weisse Stücke, Stück 95 Pf.

Strohhüte in gutem Geflecht, da die Saison vorgerückt, mit 20 Proz. Rabatt.

Bunte Garnituren, selten schöne Muster, in allen Preislagen.

Herren-Wäsche bester Qualität in jeder Preislage.

A. Brandt,

35 Gr. Ulrichstr. 35, Ecke Alte Promenade.

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Ausnahme-Tage: Sonnabend u. Sonntag.

Herren- u. Knaben-Strohhüte.

Gewähre trotz meiner billigen Preise

5 Prozent Rabatt.

Hut-Manufaktur

Weissenfels. H. Büttner, Leipzigerstrasse 17.

Gr. Gelegenheitskauf neuer Möbel.

Vertikows nußb. fourn.	48 ℳ
Kleiderschränke „ „	48 „
Stegtische	18 „
Walzenstühle	5 „
gr. Pfeilerspiegel	15 „
Taschensofa mit Wollplüscheinfassung	58 „
Plüschgarnitur	110 „
eleg. geschnitzte Büffetts	150 „
Schreibtische m. Butzenscheiben	55 „

Ganze Wohnungs-Einrichtungen v. 200 bis 5000 Mk. in grosser Auswahl am Lager.

Friedrich Peileke,

Telephon 2450. — Geißstr. 25.

Wo hast Du denn die feine Uhr her? Vom **Eberhardt, Weissenfels,** Markstr. 7, ff. und billig.

Weine.

Bowlenweine Fl. 65 Pf. Rheinweine, hocht. Tafelweine, Fl. 70, 80, 90 Pf. 2c., Rot- und Bordeauxweine, Fl. von 60 Pf. an, Medz.-Ungarwein Liter 2 Mk., Maitrank Fl. 55 u. 75 Pf.

Eisner & Co.,

St. Ulrichstraße 21.

Mitgl. des Rabatt-Sparvereins.

Für Wiederverkäufer.

Prachtvolle **superior Emder Heringe** 1/1 Tonnen und schockweise, hat billig abzugeben

Alfred Apelt,

Leipzigerstraße 8.

Grösste Auswahl billigste Preise!

B. Benkwitz, nur **Alter Markt 3.**

Weissenfels.

Arnold Strietzel,

(Klosterstr. 4, nahe dem Markt).

Uhren und Goldwaren,

größte Auswahl und billigste Preise. — Neue ganzbare — Taschenuhren v. 5 M. an. Weckeruhren von 1.75 Mk. an. Reparaturen reell und billig.

Schlieder-Ausschnitt,

Mass- und Lagerschäfte.

J. Noak, Lederhandlg.

Halle a. S., Gr. Klausstr. 7.

Eier!

Neu eröffnet.

15 St. Ia. ganz frische Eier 60 ₰
15 „ Ia. „ „ gr. Eier 65 „
15 „ Ia. gz. fr. Tafel-Eier 72 „
15 „ Ia. „ „ Trink-Eier 80 „

empfehlen unter Garantie für jedes Stück tadellos u. frisch

Jakob Borul & Co.,

Schmeerstr. 21,

Spezial-Eier-Grosshandlung.

Lieferungen frei ins Haus.

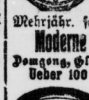
Herren- und Damen-Uhren,

jedes Stück gewissenh. geprüft und abgezogen, daher richtig und dauernd gehend.

Mehrjähr. schriftliche Garantie.

Moderne Zimmer-Uhren.

Dengeng, Hochzeitsgeng v. 16 M. an. Ueber 100 Stück am Lager.



Moderner Schmuck,

Ringe, Broschen, Colliers, Armbänder, Uhrketten etc. in großartiger Auswahl billigst.

E. Radecke, Uhrmacher

5% Rab. Steinweg 1. 5% Rab.

Reparaturen gut und billigst unter Garantie.

ff. Zitronen,

für Wiederverkäufer billigst bei

Bernhard Barth.

Rossfleisch!!

Empfehle **hochfeine** Ware:

Bratenfleisch	℔ 35 Pf.
Gehacktes	℔ 35 Pf.
Rouladen	℔ 35 Pf.

sowie sämtliche Wurstwaren, geräuch., roh. u. gek. Schinken.

E. Bretschneider,

Schulerhof 13 (am Markt) und Diemitz, Breitestraße 15.

Neu! Neu!

Plan der Stadt Halle

nebst

Karte der Umgegend v. Halle

Preis in Umschlag geheft. 20 Pf.

Zu beziehen durch

Die Volks-Buchhandlung.

Rabatt-Marken

lose und eingeklebt, werden gekauft **Fürstental 5, II l.**

Frische **Gutsbutter** Stück 53 Pf.

Hochfeine **Tischbutter** Stück 56 Pf.

Georg Holtzhausen,

Leipzigerstrasse 1.

Mitgl. d. Rab.-Spar-Vereins

En gros. **En detail.**

Tüten

in 5 Pfund-Packung zum Zentnerpreis.

Zigarrenbeutel

in allen Größen,

Imit. Pergamentpapier

nach Gewicht oder in Bogen.

echt Pergamentpapier

vom Meter und Bogen,

Butterbrotpapier

in Rollen sowie in Bogen.

Albin Hentze,

24 Schmeerstraße 24.

Möbelfabrik und Magazin

31 Fleischerstraße 31.

Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.

F. Bergmann, Tischlermstr.

Arbeiter-Schuhe u. -Stiefeln

nach militär. Art, sehr dauerh. gearbeitet, empfiehlt billig

J. Sternlicht, Alter Markt 11.

Eine Konzert-Wirbel-Trommel, vollst. Messinggestelle i. Werte v. 38 M. ist billig zu verkaufen bei **Hermann Seyboth** in **Teuchern,** Oberstraße 8.

Zeitz. Morgen, Sonnabend **Schlachtefest.** **Lina Hahn,** Scharrenst. 1.

Morgen Sonnabend **Schlachtefest.** **Karl Moll.** Burgstraße 51 a.

Knaben-Garderobe wird angefertigt **Geistestr. 64, III.**

Tüchtiger **Maschinenschlosser**

auf Messerköpfe der Teigteilmaschinen findet dauernd. Posten am Wiener Platze. Nur prima Arbeiter wollen ihre Offerte an **H. Haselbacher,** Mechan. Werkstätte, **Wien XVI,** Fröbelgasse 6, einsenden.

Grube von der Heydt bei Ammendorf.

Förderleute ges.

Daselbst Schlafhaus für ledige Leute vorhanden.

Tüchtiger Schmied,

welcher schon auf Blinkelringe gearbeitet, wird bei hohem Lohn u. dauernde Arbeit ges. **Gustav Kamprath,** äußere Teltzischerstraße.

Ordentl. Laufbursche

für sofort gesucht.

Moritz Cahn.

Elsterwerda.

Soziald. Wahl-Verein.

Sonnabend, 8. Juni, abd. 8¼ Uhr im Gasthof „Zum Kronprinz"

Mitgl.-Versammlung.

Der Vorstand.

Bandonion-Klub „Geselligkeit."

Sonnabend d. 8. Juni

Wasserfahrt

mit anschliessendem Ball im „Kaffeegarten" Trotha

Es ladet ergebenst ein **D. V.**

Abfahrt v. d. Feisnitzbrücke 9 Uhr.

Kittelmanns Rest.,

Güter-Bahnhof 5.

Sonnabend **gr. Schlachtefest**

früh 8 Uhr Wellfleisch, abends div. Wurst u. Suppe.

Es ladet freundlichst ein **Der Obige.**

Gaumnitz.

Sonntag den 9. Juni und Montag den 10. Juni:

Vogelschiessen.

Sonntag mit **BALL.**

Es ladet freundlichst ein **B. Bliedtner.**

Landhaus zu Weissenfels.

Sonnabends: Salzknochen. Skat-Abend.

Klavier-spieler empfiehlt sich **Schondorf,** Ratsweder 2.

Gut erh. Sportwagen billig zu verk. Freilmfelderstr. 5.

Neu! Neu!

Viermal entflohen.

Von Leo Deutsch, Verfasser von

Sechzehn Jahre in Sibirien.

Preis: 2 Mark.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung.**

Gewerkschaften und Vereinen

sowie den Herren Gastwirten

empfiehlt sich Unterzeichnete zu den bevorstehenden

Sommerfesten u. Wasserfahrten

zur Lieferung von

Stocklaternen, Lichten und Stäbchen.

Bei frühzeitigen Bestellungen kann jeder Wunsch betr. Farbe und Form berücksichtigt werden.

Bei Entnahme von einem Gros ist das Aufdrucken v. Namen und Titeln gratis.

Volksbuchhandlung.

500 Händler,

arbeitslose Männer, Frauen, Kinder für lohnenden Artikel gesucht **Königstr. 60, I. l.**

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2. 6. Juni.

Aufgeboten: Militärangehörigen Goedeke u. Charlotte Rosenbaum (Kanfteinstr. 10 u. Ludwigstr. 12). Arbeiter Wanniger u. Anna Hoffmann (Bernhdorf i. N. Schwotitch). Tapezierer Krause u. Emma Schummer (Kassel).

Eheschließung: Kaufmann Auenmüller und Anna Heinrich (Magdeburgerstr. 64 u. Rathausstraße 3/4.

Geboren: Schlosser Buckel genannt Diele S. (Hanfsack 3). Kaufmann Alpers S. (Linksgartenstr. 4). Polizei-Sergeant Witzkock S. (Rud. Haynstr. 9). Polizei-Sergeant Siebentopf S. (Gutjahrstr. 2). Weichensteller Engelhardt S. (Klinik). Baugewerksmeister Kühn S. (Merseburgerstr. 47). Arbeiter Römer Sohn (Schützenstr. 20). Arbtr. Stutz T. (Taubenstr. 10). Arbeiter Schmidt S. (Langestr. 28). Arbeiter Jänicke S. (Charlottenstraße 13). Tischler Naumann S. (Bölbergasse 2). Arbtr. Müller Tochter (Streiberstr. 10). Kellner Franke S. (Friedrichstr. 54). Eisenbahnschaffner Hauske S. (Ernmstr. 3). Dekorateur Weede Sohn (Marthastr. 22).

Gestorben: Kutschers Schwinge Tochter, 1 Mon (Taubenstr. 3). Hospitalit Noack, 80 J. (Klinik). Barbierherr Gröbel, 53 J. (Gr. Klausstr. 7). Maurers Köhler Tochter, 3 J. (Klinik). Witwe Emma Trothe, geb. Lummer, 73 J. (Siechenhs.). Privatmanns Kohlbach Ehefrau, Friederike geb. Günther, 75 J. (Anhalterstr. 16). Arbeiter Reuter, 59 J. (An der Moritzkirche 5).

Halle-Nord, Burgstr. 88. 6. Juni.

Aufgeboten: Privatlehrer Lucke u. Emma Kramer (Friedrichstraße 24 u. Kröllwitzerstr. 2). Restaurateur Koch und Berta Jansens, geb. Weise (Große Brunnenstraße 28). Sergeant im Füs.-Regt. Nr. 36 Feldheim u. Käthe Schulz (Reilstraße 128 und Rietleben).

Geboren: Gärtner Ruloff T. (Reilstraße 23). Uhrmacher Böge S. (Geiststr. 17). Arbeiter Schwenbrodt S. (Burgstr. 54). Klempner Rücker S. (Karlstr. 5). Arbeiter Hellmoldt T. (Reilstraße 43).

Gestorben: Korpsdieners Frische Ehefrau Anna geb. Beyer, 34 J. (Jägerplatz 20). Tischlers Bohndorf T., 6 M. (Große Brunnenstr. 17). Inval. Komptorist Hölzer 82 J. (Kalstraße 28). Luise Hoffmann 27 J. (Große Brunnenstr. 32).

Todes-Anzeige.

Heute früh 2 Uhr entschlief sanft nach langem schweren Leiden in seinem 81. Lebensjahre unser lieber Vater, Groß- u. Schwiegervater u. Schwager, der Hospitalit

Reinhold Noack.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Halle den 6. Juni 1907.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet **Sonntag nachm. 2 Uhr** von der Leichenhalle des Süd-Friedhofes aus statt.

Etwaige Kranzspenden bitte bei Herrn **Otto Noack,** Jakobstraße 30, H., p., abzugeben.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 131. Halle a. S., Sonnabend den 8. Juni 1907. 18. Jahrg.

Vom Kongreß der russischen Sozialdemokratie in London.

Den offiziellen Kongreßberichten entnehmen wir folgende Einzelheiten der Kongreßverhandlungen:

Der Bericht des Zentralkomitees.

Im positiven Teil seines Berichtes gab der Vertreter des Zentralkomitees eine Uebersicht der politischen Tätigkeit der Partei seit dem vorjährigen Kongreß in Stockholm (die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion der ersten Duma, die Auflösung der Duma und der allgemeine Streik, die Rekrutenkampagne, die Wahlen zur zweiten Duma). Das Zentralkomitee konstatiert, daß es von seinen ersten Schritten an auf heftige Opposition in der Partei in Bezug auf eine Reihe taktischer Fragen stieß, und weist des weiteren auf die desorganisierende Tätigkeit der sogen. „Kampfesorganisationen" hin, welche u. a. in der Einberufung — entgegen dem strikten Verbot des Zentralkomitees — einer Konferenz der Militär- und Kampforganisationen Ausdruck fand. Die anormalen Verhältnisse endlich, in denen die Tätigkeit der Partei verlief, konnten auf die Politik derselben nicht ohne Einfluß bleiben.

Dem Rechenschaftsberichte des Zentralkomitees entnehmen wir folgendes: Von Privatpersonen, Organisationen und ausländischen Hilfsgruppen waren (während des Berichtsjahres) eingegangen 77780 Rub. 44 Kop., von Parteiorganisationen 5534 Rub 23 Kop., im ganzen also 81 314 Rub. 67 Kop., welche wie folgt verausgabt wurden: Deckung des Defizits 6024 Rub., Unterhalt der Parteifunktionäre 4115 Rub. 20 Kop., Reisespesen der Mitglieder des Zentralkomitees und seiner Agenten 4554 Rub. 35 Kop., Sekretariat 4708 Rub. 02 Kop., Geheimdruckereien und illegale Literatur 18 400 Rub. 84 Kop., Entsendung von Genossen in die Organisationen 5829 Rub., Unterstützung an verschiedene Organisationen 4494 Rub. 69 Kop., Pässe 1867 Rub. 95 Kop., Liquidation des vorjährigen Kongresses 2603 Rub. 47 Kop., Protokolle des vorjährigen Kongresses 2180 Rub., legale Literatur 24 611 Rub. 16 Kop., Unterstützungen an Genossen 2256 Rub. 50 Kop., verschiedene zufällige Ausgaben 4079 Rub. 85 Kop., als Kaution für Genossen zeitweilig angebracht 2055 Rub. — Im ganzen also 83 570 Rub. 03 Kop. Zum 14. April 1907 betrug das Defizit 2255 Rub. 86 Kop.

Die Verlagstätigkeit des Zentralkomitees: In der Geheimdruckerei des Zentralkomitees wurden herausgegeben: 9 Broschüren in 111550 Expl., 17 Flugblätter in 788 000 Expl., 20 Rundschreiben an die Organisationen in 47 800 Expl. (im ganzen 946 850 Expl.), 13 Nummern von Soldatenzeitschriften in 101 500 Expl., im ganzen also 1 048 350 Expl. Außerdem wurden daselbst gedruckt 10 Nummern des Organs der Petersburger Militärorganisation in 70 000 Expl. In legalen Druckereien wurden 88 Flugblätter in 1 350 000 Expl. gedruckt.

Der Korreferent des offiziellen Berichterstatters führte folgendes aus: Der vorjährige Kongreß hat wohl in einigen taktischen Fragen bestimmte Direktiven angenommen, doch keine geschlossene Grundlinie der Taktik ausgearbeitet. Die angenommenen Direktiven sollten von einem Zentralkomitee in Wirklichkeit umgesetzt werden, das weit stärker den Stempel einer bestimmten Fraktion trug, als der Kongreß, der es wählte. Es deutete denn auch diese Direktiven in immer mehr gemäßigter Weise und deprimierte die taktischen Losungen ... Die Mängel der Organisation und Zusammensetzung des Zentralkomitees müssen nun beseitigt werden. Die neuen Direktiven müssen in möglichst systematischer und bestimmter Form abgefaßt werden, um die taktischen Schwankungen zu beseitigen.

Nach längeren Debatten wurde — wie schon mitgeteilt — der von den Bundisten beantragte einfache Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Zur Frage der Beziehungen zu nichtproletarischen Parteien nahm der Kongreß (mit 158 Stimmen gegen 110 bei 18 Stimmenthaltungen) folgende Resolution an:

„In Anbetracht dessen,

1. daß vor der Sozialdemokratie jetzt mit besonderer Dringlichkeit die Aufgabe ersteht, den Klasseninhalt verschiedener nichtproletarischer Parteien festzustellen, das gegenseitige Verhältnis der Klassen im jetzigen Moment zu bestimmen und dementsprechend ihre eigenen Beziehungen zu anderen Parteien zu formulieren;

2. daß die Sozialdemokratie in ihrer Tätigkeit stets die Notwendigkeit anerkannt hat, jegliche oppositionelle und revolutionäre Bewegungen, die gegen die in Rußland herrschende gesellschaftliche und politische Ordnung gerichtet ist, zu unterstützen;

3. daß es Pflicht der Sozialdemokratie ist, alles anzuwenden, damit das Proletariat die Rolle des Führers in der bürgerlich-demokratischen Revolution, bei Aufrechterhaltung der Selbständigkeit seiner Klassenpolitik zu Ende führe;

in Anbetracht alles dessen erkennt der Kongreß:

1. daß die reaktionären Parteien und die der schwarzen Hunderte (der Verband des russischen Volkes, monarchistische Partei, der Verband des vereinig. russischen Adels u. a.) immer entschiedener und offener als Klassenorganisationen der feudalen Gutsbesitzer hervortreten, daß sie mittels einer nationalen Hetze und der Organisation von Pogromen die Revolution in Blut ertränken wollen, und daß es deshalb Pflicht der Sozialdemokratie ist, auf den nahen Zusammenhang dieser Parteien mit dem Zarismus hinweisend, für die Notwendigkeit einzutreten, einen unerbittlichen Kampf für die vollste Beseitigung aller sozialen und politischen Ueberreste der Barbarei zu führen;

2. daß solche Parteien, wie der Oktoberverband, die Handels- und Industriepartei, zum Teil auch die Partei der friedlichen Erneuerung u. a., Organisationen darstellen, welche sich auf einen Teil der Gutsbesitzer, sowie auf die mehr rückständigen Schichten der Bourgeoisie stützen; daß diese Parteien schon vollkommen auf Seite der Konterrevolution stehen, offenkundig die Regierung unterstützen und sich die Verwirklichung der antidemokratischsten Zensuskonstitution als Ziel gesteckt haben, und daß die Sozialdemokratie infolgedessen den unerbittlichsten Kampf mit diesen Parteien führen muß;

3. daß die Parteien der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, und die wichtigste von ihnen — die Kadettenpartei — sich schon jetzt offenkundig von der Revolution abgewendet haben und die Aufgabe verfolgen, dieser auf dem Wege der Vereinbarung mit der Konterrevolution ein Ende zu setzen; daß die soziale Grundlage dieser Parteien in den ökonomisch mehr vorgeschrittenen Schichten der Bourgeoisie, insbesondere in der bürgerlichen Intelligenz zu finden ist, während ein Teil der demokratischen städtischen und bäuerlichen Kleinbourgeoisie nur auf Grund von Traditionen und dank offenkundigen Betrugs der Liberalen diesen Gefolgschaft leistet; daß die politischen Bestrebungen dieser Parteien die Grenzen der konstitutionellen Monarchie, welche durch Polizei, Zweikammersystem, stehendes Heer usw. vor den Angriffen des Proletariats geschützt ist, nicht überschreitet, und daß es deshalb Pflicht der Sozialdemokratie ist, die Tätigkeit dieser Parteien im Interesse der politischen Erziehung des Volkes auszunutzen, indem sie der heuchlerisch-demokratischen Phraseologie dieser den konsequenten Demokratismus des Proletariats gegenübersetzt, die von ihnen verbreiteten konstitutionellen Illusionen zerstört und unerbittlich ankämpft gegen die Herrschaft dieser Parteien über die demokratische Kleinbourgeoisie;

4. daß die Volkstümler- oder „Arbeits"parteien (Volkssozialisten, Arbeitsgruppe [„Trudowiki], Sozialrevolutionäre Partei) mehr oder weniger annähernd die Interessen und den Standpunkt der breiten Schichten der dörflichen und städtischen Kleinbourgeoisie vertritt, hin und herschwankend zwischen der Gefolgschaftsleistung gegenüber der liberalen Führung und dem entschiedenen Kampf wider den Gutsbesitz und die feudale Staatsordnung, daß diese Parteien ihre in Wirklichkeit rein bürgerlich-demokratische Aufgaben in eine mehr oder weniger nebelhafte sozialistische Ideologie kleiden, und daß die Sozialdemokratie infolgedessen verpflichtet ist, einerseits dem pseudosozialistischen Charakter dieser Parteien unentwegt aufzudecken und gegen die Bestrebungen derselben, den Klassengegensatz zwischen dem Proletariat und dem kleinen Unternehmer zu verwischen, anzukämpfen, andererseits jedoch die Pflicht hat, sie mit aller Macht dem Einfluß und der Leitung der Liberalen zu entreißen, indem ihnen die Wahl gestellt wird, entweder die Politik der Kadetten oder die des revolutionären Proletariats zu befolgen und sie auf diese Weise gezwungen werden, im Kampfe für die Vollendung der demokratischen Revolution sich auf Seite der Sozialdemokraten gegen die schwarzen Hundert und die Kadeten zu stellen;

5. daß die hieraus resultierenden gemeinsamen Aktionen die Möglichkeit ausschließen müssen, vom sozialdemokratischen Programm und von sozialdemokratischer Taktik je abzuweichen, und nur dem einen Zweck dienen, in gemeinsamem Ansturm gegen die Reaktion und die verräterische Politik der liberalen Bourgeoisie vorzugehen."

Zur Frage des parteilosen Arbeiterkongresses und parteiloser Arbeiterorganisationen wurde folgende Resolution angenommen:

„In Anbetracht dessen, daß

1. die sozialdemokratische Arbeiterpartei die einzige Organisation darstellt, welche den klassenbewußten Teil des Proletariats umschließt und die Avantgarde bildet, welche den Kampf der Arbeiterklasse um die sozialistische Ordnung und um die zu ihrer Verwirklichung notwendigen politischen und ökonomischen Vorbedingungen leitet;

2. daß zur Verteidigung und Vertretung der ökonomischen Interessen der Arbeiterschaft die Gewerkschaften und nach ihnen die Genossenschaften u. a. Organisationsarten der Arbeiterschaft die geeignetste Organisationsform abgeben;

3. daß in Momenten revolutionären Aufgangs die Möglichkeit nahetritt, zwecks Weiterentwicklung der Sozialdemokratie parteilose Vertretungen der Arbeiterklasse, wie Arbeiterdeputiertenräte, Arbeiterdelegiertenversammlungen usw., zu organisieren oder die gegebenen auszunutzen;

4. daß die Idee des parteilosen Arbeiterkongresses ihrem Wesen nach die Sozialdemokratie durch dauernde parteilose Arbeiterorganisationen ersetzen will, während die organisatorischen und agitatorischen Vorbereitungen des parteilosen Arbeiterkongresses zur Desorganisation der Partei führen und die Unterwerfung der breiten Arbeitermassen dem Einfluß der bürgerlichen Demokratie förderlich sind; — erkennt der Kongreß

1. daß es zur Ausbreitung und Festigung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die breiten Schichten des Proletariats einerseits notwendig ist, die Organisationsarbeit bei Gewerkschaften und die sozialdemokratische Propaganda und Agitation

Kleines Feuilleton.

Auch einer von Gottes Gnaden. Der Berliner Abendpost wird von ihrem Korrespondenten aus Lissabon geschrieben: Die Verfügung König Carlos', die die Funktionen der beiden Häuser des Parlaments suspendierte und die Diktatur einführte, hat viel böses Blut in ganz Portugal gemacht und Wasser auf die Mühle der Republikaner und Sozialisten gegossen. Die Situation im westlichsten Lande Europas ist äußerst kritisch. Die antidynastische Bewegung gegen das Haus Koburg-Braganza hat durch die jüngsten Ereignisse ziemlich starke Dimensionen angenommen, die bei der notorischen Demoralisierung der Armee leicht zu unangenehmen Konsequenzen für den Monarchen und seine Familie führen kann.

Das Herrscherhaus erfreut sich in allen seinen Gliedern geringer Sympathien. Der dicke König Carlos ist eine neue Auflage des „Königs Lustig" von Westfalen, ohne im geringsten die hervorragenden Gaben und Talente zu besitzen, durch die sich der Bruder Napoleons auszeichnete. Ein Liebesabenteuer nach dem andern des Königs gibt der Chronique scandaleuse der portugiesischen Hauptstadt Stoff, und oft genug zwinkern sich die Eingeweihten zu, daß in der vergangenen Nacht die dicke Majestät in irgend einem der galanten Häuser des Rato bei einer solennen Bogerei Prügel empfangen hätte, die ihm von seinen treuen Untertanen gegönnt werden. Zurzeit hat sich allerdings seine Leidenschaft für die Schönen mit den hellseidenen Röckchen und den kunstvollen Frisuren einigermaßen abgekühlt, denn er schmachtet in den Banden einer Dame des diplomatischen Korps, deren Gatte infolge seines hohen Alters nicht mehr ganz imstande ist, die kapriziösen Wünsche der heißblütigen Südländerin zu erfüllen.

Die Königin, eine hochgebildete Frau, die sich gänzlich philanthropischen und wissenschaftlichen Bestrebungen widmet, genießt weder in der Hofgesellschaft noch beim Volke besondere Sympathie. Man hat ihr nie verzeihen können, daß sie ihre Muttersprache, das Französische, stets bevorzugt und heute noch, nach mehr als zwanzig Jahren ihres Aufenthaltes im Lande, das Portugiesische nur radebrecht.

Der Bruder des Königs, der Herzog von Oporto, treibt es noch toller als Dom Carlos selbst. Er ist der unverbesserlichste Schürzenjäger, den Lissabon je gekannt hat. Und da er speziell die kleinen Mädchen aus dem Volke und dem Bürgerstand für seine Escapaden bevorzugt, so ballt sich mehr als eine Faust hinter ihm, wenn er in seinem von vier flinken Mauleseln gezogenen Gespann die Avenida da Liberdade, die Korsostraße Lissabons, entlang saust. Sowie er nämlich ein weibliches Wesen erblickt, das ihm gefällt, so kurviert er so lange an ihm vorbei, bis die Arglose den Fahrdamm überschreitet. Diesen Augenblick benutzt er, sein Opfer anzufahren, sofort galant vom Bock zu springen und seine Hilfe anzubieten. Er erklärt sich gewöhnlich bereit, die Dame in seinem eigenen Gespann nach Hause zu bringen; die Fahrt endet aber in der Regel in einer seiner Villen in der Umgegend der Hauptstadt. „Gato furioso", den rasenden Kater, nennen die Lissaboner den Herzog, und dieser Beiname erscheint um so glücklicher gewählt, als der Prinz seine Schnurrbarthaare tatsächlich wie ein Kater ausgezogen trägt.

Die Königin-Mutter steht in nichts hinter ihren Söhnen zurück. Die alte Dame ist stets von einem ganzen Schwarm junger Kavaliere umgeben, von denen sich manch einer der ganz besonderen Huld der Fürstin erfreute. Sie treibt einen außerordentlichen Aufwand in Gespannen und Toiletten, pflegt ein Kleid nie länger als einen Tag zu tragen, und es dann an ihre Hofdamen zu verschenken. Die Rechnungen ihrer Pariser Schneider zahlt worden sein, und erst vor wenigen Monaten konnte ein republikanischer Abgeordneter in der Kammer den Nachweis führen, daß eine Summe, die als Baurate für ein neues Panzerschiff im Etat figurierte, an Paquin und Worth zur Begleichung der Schulden der Königin-Mutter gewandert war.

Die ganze Lebensweise der königlichen Familie verschlingt naturgemäß Unsummen, die auf gesetzmäßigem Wege zu decken unmöglich ist. Als Retter in der Not muß dann stets der unentbehrliche Graf Burnay einspringen. Die Herkunft dieses Mannes ist unbekannt. Im Volke heißt es allgemein, er sei ein aus England eingewanderter Jude, trotzdem er ein eifriger frommer Katholik und die Hauptstütze der klerikalen Partei ist. Burnays Macht im ganzen Lande ist unbegrenzt, die finanziellen Gefälligkeiten, die er der königlichen Familie, den Führern der Parteien und der nimmersatten Kirche geleistet hat, haben ihm alle diese Faktoren tief verpflichtet. Die Ausbeutung des Tabakmonopols, die großen Bierbrauereien, fast sämtliche Elektrizitäts-Unternehmungen, die Straßenbahnen und sonstigen industriellen Betriebe sind von ihm finanziert worden. Er steckt auch hinter dem Projekt der Madeira-Spielbank, und selbst in Lissabon wollte er in dem berühmten Park von Laranjeiras eine Spielhölle errichten, mußte aber dieses Projekt wegen des Widerstandes, den es in den Cortes fand, vorläufig vertagen.

Burnays Geld allein setzt die blutarmen, aber nichts destoweniger vom höchsten Adelsstolz erfüllten Familien der Magalhaes, Figueredos, Bellas, Farusos, Sousas, Pregos und wie sie sonst heißen mögen, in den Stand, ihr luxuriöses Leben fortführen zu können. Das liberale Bürgertum blickt nur mit Ingrimm auf den Hof und seinen Anhang, der außer in dem nie versiegenden Geldbeutel Burnays seine Hauptstütze an der Kirche, namentlich an den Jesuiten findet. Das flache Land, dessen Bewohner zum großen Teil wirtschaftlich und politisch völlig von den Großgrundbesitzern abhängig sind und von diesen in der größten Unwissenheit erhalten werden — eine Schulpflicht existiert in Portugal nicht —, folgt natürlich bei den Wahlen stets den Weisungen, die von der Kanzel herab erteilt werden. Der freie Bauernstand dagegen, der zum größten Teil Schulbildung besitzt, und die Industrie-Bevölkerung in der Umgegend von Porto sind liberal oder republikanisch gesinnt.

Eine Pflanzstätte republikanischer Ideen ist auch die Universität Coimbra, wo die Studenten oft genug ihrem Unwillen gegen die Regierung durch blutige Bursche Ausdruck geben. Selbstverständlich nimmt das Volk stets Partei für die „Capas", wie die Studenten nach ihren Mänteln, die sie alter Sitte gemäß tragen, genannt werden.

Ferienreisen. Ein Wort mit Zauberklang für den, der eine solche Reise unternehmen kann. Leider trifft auch auf die Ferienreisen das alte Wort vom Hafer zu. Das Pferd, das ihn verdient, kriegt ihn nicht. Und Millionen Arbeiter, deren Gesundheit wesentlich gefördert würde, wenn sie nach eintöniger Beschäftigung das ganze Jahr hindurch einmal zwei oder drei Wochen ausspannen und eine Erholungsreise unternehmen könnten, müssen darauf verzichten, weil es ihnen an der freien Zeit und am Besten fehlt. Nur wenigen unter den vielen ist es vergönnt, einmal auf acht Tage sich selbst zu leben unter anderen Menschen, anderen Verhältnissen. Wer das ausführen kann, soll nicht darauf verzichten, und es sind nicht die Schlechtesten, die sich das Jahr über einigen Zwang auferlegen, um dann einen bescheidenen Reisefonds zu besitzen. Die weitaus meisten Arbeiterfamilien müssen sich freilich das ganze lange Jahr hindurch fortgesetzt den äußersten Zwang auferlegen, und doch heißt's am Schlusse: Null von Null geht aus.

Einer vernünftigen Wirtschaftsordnung, wie sie der Sozialismus durchführen wird, bleibt es vorbehalten, auch nach dieser Richtung hin den Menschen zum Menschen zu machen. Vorerst bleibt der Genuß einer Ferienreise nur wenigen Arbeitern vorbehalten. Den Binnenländer reizt nun vor allem die See. Wie der Küstenbewohner, der die See täglich sieht, seine Schritte in den Ferien nach dem Gebirge lenkt, so sehnt sich der Binnenländer nach dem Anblick der gewaltigen Wassermasse, die in ihrer Gesamtheit ihre gleichbleibende Ruhe bewahrt, aber doch in jedem einzelnen Wellchen und Schaumkamm Leben und Bewegung atmet. Selbst die Gefahr, die kleine Stauge einer Seekrankheit durchmachen zu müssen, mindert nicht die Sehnsucht, das weite Meer zu sehen. Von den vielen Gelegenheiten, die deutschen Küstenmeere kennen zu lernen, sei es durch eine kurze Fahrt von Hamburg oder Bremen nach Helgoland oder den friesischen Inselgruppen, sei es durch eine Fahrt in der Ostsee nach Skandinavien hinüber oder nach den näher liegenden Inseln, erscheint am vorteilhaftesten das Unternehmen der Deutsch-Nordischen Dampfschiff-fahrts-Gesellschaft Wiking. Dieselbe unternimmt täglich eine Fahrt von Stettin aus durch das Stettiner Haff, an den Seebädern Swinemünde, Ahlbeck und Heringsdorf vorbei nach der Insel Rügen und nach der dänischen Insel Bornholm, deren wildromantische Eigenheiten neuerdings mit Recht mehr gewürdigt werden. Die Gesellschaft Wiking berechnet nun für vier Tage 40 Mk. In diesen Preis sind inbegriffen die Kosten der Seefahrt hin und zurück, sowie die gesamte Verpflegung auf dem Schiff und in den Landgasthöfen einschließlich dreier Nachtlager. Nur die Getränke müssen besonders bezahlt werden. Jeder Passagier erhält ein Heft mit Bons für die vier Tage. Das Frühstück besteht aus einer Portion Kaffee, Tee oder Kakao mit Butter, Brot, Aufschnitt, Honig und dergleichen. Das Mittagessen umfaßt außer der Suppe zwei Gänge und Dessert. Das Abendessen bringt einen warmen Gang und kalten Tisch. Jeder kann essen soviel er will.

Wer gesonnen ist, die Reise zu unternehmen oder wenigstens sich näher über dieselbe zu unterrichten, wende sich an das Bureau der Gesellschaft, Berlin, Friedrichstraße 138. Er erhält von dort kostenlos und franko einen ausführlichen Prospekt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0009

in denselben zu verstärken, andererseits jedoch — immer breitere Schichten der Arbeiterschaft zur Anteilnahme an den verschiedenartigen Parteiorganisationen heranzuziehen;

2. daß die Anteilnahme sozialdemokratischer Parteiorganisationen an parteilosen Arbeiterdelegiertenversammlungen und „Deputiertenräten, sowie an Kongressen, deren Vertreter in Fällen der Notwendigkeit wünschenswert ist, sowie auch die Gründung solcher Institutionen bei Bedingung strenger Wahrnehmung der Parteiinteressen zwecks Entwicklung und Festigung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wünschenswert ist;

3. daß die Agitation zugunsten der Einberufung des parteilosen Arbeiterkongresses, die von Anarcho-Syndikalisten im Interesse des Kampfes mit dem sozialdemokratischen Einfluß auf die Arbeitermassen aufgenommen worden ist, für die Klassenentwicklung des Proletariats bedingungslos als schädlich bezeichnet werden muß."

Wenn während der Debatten über den Bericht des Zentralkomitees und den der Dumafraktion die schwere Aufgabe vor dem Kongreß erstand, die Reibungen zwischen den Vertretern beider Parteifraktionen in den betr. Institutionen abzuschwächen, so trat bei den weiteren Punkten der Tagesordnung, die zum größten Teil taktische Fragen betrafen, eine noch weit schwierigere Aufgabe zutage. Es mußte jene taktische Mittellinie gefunden werden, welche beiden Fraktionen die Möglichkeit gewähren sollte, im Rahmen einer und derselben Partei zu bleiben. Es war dies eine um so schwierigere Aufgabe, als die Positionen beider Fraktionen — soweit man nach den Resolutionsprojekten zu urteilen vermag — in vielen taktischen Fragen diametrisch entgegengesetzt waren. So empfahlen beide Fraktionen in einer der aktuellen Fragen der Parteitaktik — in der Frage der Beziehungen zu nichtproletarischen Parteien, insbesondere zu den Kadetten — abgesehen von dem tiefgehenden Unterschiede beider Fraktionen in der Bewertung des politischen Moments und der sozialen Analyse der burgerlichen Parteien — direkt entgegengesetzte Direktiven. Die Richtung der Menschewiki vertrat die Ansicht, daß es Aufgabe der Sozialdemokratie ist,

1. „durch selbständige Politik die liberalen und demokratischen Parteien zu beeinflussen, gleichzeitig unerbittlich ankämpfend sowohl gegen die „versöhnlichen" Tendenzen dieser, welche jetzt besonders scharf bei den Kadetten hervorgetreten sind, als auch gegen die agrarren Utopien und den oberflächlichen Revolutionarismus der Volkstümler (Narodniki), mit gleichzeitiger Unterstützung des Kampfes, den diese mit dem bestehenden Regime führen,

2. in einzelnen, bestimmten Fällen mit diesen Parteien Vereinbarungen abzuschließen, der Forderungen eingedenk, welche die Aufgabe des verstärkten Ansturms gegen die Selbstherrschaft vor die Sozialdemokratie gestellt hat, um sie im Interesse der Ausbreitung und Vertiefung der Revolution und der Durchführung des großen Zieles, das das Proletariat sich gesteckt hat, auszunutzen."

Die Bolschewiki verlangten im Gegenteil, von dem Grundsatze ausgehend, „daß es Pflicht der Sozialdemokratie ist, alles anzuwenden, damit das Proletariat die Rolle des Führers in der bürgerlich-demokratischen Revolution, bei Aufrechterhaltung der Selbständigkeit seiner Klassenpolitik, zu Ende führe," daß „die Sozialdemokratie die Tätigkeit der Parteien der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, und der wichtigsten von ihnen, der Kadettenpartei, im Interesse der politischen Erziehung des Volkes ausnutze, indem sie der erheuchelt-demokratischen Phraseologie dieser den konsequenten Demokratismus des Proletariats entgegensetzt, die von ihnen verbreiteten konstitutionellen Illusionen zerstöre und unerbittlich ankämpfe gegen ihre Hegemonie über die demokratische Kleinbourgeoisie," und daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der Volkstümler-Parteien (Volkssozialisten, Arbeitsgruppe, Sozialrevolutionäre) die Taktik befolge, „diese mit aller Macht dem Einflusse und der Leitung der Liberalen zu entreißen, indem die Wahl gestellt wird, entweder die Politik der Kadetten oder die des revolutionären Proletariats zu befolgen."

Nach heißen Debatten wurde die Resolution der Bolschewiki mit einigen Amendements angenommen.

Einen ernsten Sieg für die Richtung der Menschewiki bedeutet die Annahme einer Resolution über Partisanenkämpfe, welche diese strengstens verurteilt, sich gegen die Expropriationen scharf ausspricht und die Auflösung der sozialdemokratischen Kampfgenossenschaften verlangt.

Zum Punkte der Tagesordnung über die Beziehungen zur Duma gelangte die Resolution der Bolschewiki zur Annahme.

Zur Frage des Berichtes der Dumafraktion, welche am 23. Mai offen gelassen worden war, wurde eine Resolution angenommen, welche der Tätigkeit der Fraktion die Billigung des Kongresses ausspricht und die Ueberzeugung ausdrückt, daß die Fraktion auch in Zukunft der Sache des Proletariats im Einklang mit den Beschlüssen des Kongresses und unter der Leitung des Zentralkomitees dienen werde. Die bei der ersten Beratung dieser Frage von den Bolschewiki beantragten spez. Direktiven für die Fraktion wurden in die Resolutionen nicht aufgenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Walter Leopold in Halle.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Nach beendeter Saison

beginnt **heute Sonnabend** der

Verkauf im Preise zurückgesetzter Waren.

Derselbe umfasst alle Abteilungen meines Geschäfts und kommen täglich andere Waren der verschiedenen Abteilungen zum Verkauf.

Zeitz. *Warenhaus* **Max Cohn.**

Der Verkauf dauert bis **Mittwoch,** den 19. Juni.

Metallarbeiter von Hohenmölsen und Webau.
Sonntag den 9. Juni, nachm. ½3 Uhr im Gasthof des Herrn Schurz zu Wählitz
öffentliche Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag über Arbeiterschutz. Ref.: Koll. Krusehwitz.
2. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Achtung! Bergarbeiter. Achtung!
Zahlstelle Zeitz.
Sonntag, den 9. Juni, vormittags 11 Uhr bei Kämpke, Schützenstraße
Versammlung.
Alle Kameraden sollen kommen.
Der Vertrauensmann.

Zeitz. Rob. Werther, Schuhgeschäft, Wasservorstadt 8, empfiehlt stets grosse Auswahl in allen Genres.
Prima Arbeiterschuhe und Stiefel.

Trebnitz. Trebnitz.
Sozialdemokratischer Verein.
Sonntag, den 9. Juni, nachm. 3 Uhr im Vereinslokale
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Steuereinnahme. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Teuchern.
Sonntag den 9. Juni nachm. 4 Uhr im Gasthof zum grünen Baum
Zahlstellenversammlung d. Bergarbeit.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission über das Verbandsfest.
2. Gewerkschaftliche Angelegenheiten und Verschiedenes.
Alle Kameraden sollen kommen. Die Ortsverwaltung.

Papier- u. Pappenabfälle kaufen jeden Posten Kl. Brauhausstr. 20.
Leiterwagen, extra stark, billigste Preise, bei Nedernke, Burgstraße 65.

Greppin. Konsum-Verein. Greppin.
Sonnabend, den 15. Juni 1907, abends 8½ Uhr im Lokale des Kasino-Vereins, Greppin
Ausserordentliche **General-Versammlung.**
Die Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Der Aufsichtsrat: Wilhelm Mauß, Vors.

Metallarbeiter-Verband Weissenfels.
Sonntag den 9. Juni 1907 im Restaurant „Stadt Naumburg"
Sommerfest
bestehend in Konzert, Preisschiessen, Karren- und Bankkegeln, Kinder-Belustigung mit Lampion-Umzug und **BALL.**
Hierzu beehren wir uns alle Parteigenossen u. Genossinnen, sowie alle gewerkschaftl. organisierten Arbeiter freundl. einzuladen.
Beginn des Konzertes u. Veranstaltungen 3 Uhr, des Balles 6 Uhr.
Die Orts-Verwaltung.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219070608-10/fragment/page=0010